

## Ungerechtigkeit, die Demonstranten, Zufall und die Polizei: der 15. Juli 1927. Bildanalysen zu einem Wendepunkt in der Geschichte Österreichs

Botz, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Botz, G. (2016). Ungerechtigkeit, die Demonstranten, Zufall und die Polizei: der 15. Juli 1927. Bildanalysen zu einem Wendepunkt in der Geschichte Österreichs. *Historical Social Research, Supplement*, 28, 160-190. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.28.2016.160-190>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

---

# Ungerechtigkeit, die Demonstranten, Zufall und die Polizei: Der 15. Juli 1927. Bildanalysen zu einem Wendepunkt in der Geschichte Österreichs [2008/2015]

Gerhard Botz \*

---

**Abstract:** »Injustice, Demonstrators, Contingency and Police: July 15, 1927. An Image Analysis of a Turning Point in Austrian History«. This article presents the results of an analysis of different sources concerned with the workers' revolt of July 15, 1927 (also known as the Vienna Palace of Justice fire). The author pays special attention to the socio-historical and source-critical evaluation of more than 100 photographs illustrating this fire on July 15, 1927 by using the shadows on buildings in order to establish an exact dating of the documented acts of violence. This "shadow method" he developed himself allows to clarify the motivations and social composition of the protesters and reveal the role of the police in escalating the violence. He is able to establish an exact chronology of the events and an explanation of the social dynamics leading to a death toll of 85 demonstrators and 4 police men.

**Keywords:** Revolt of July 15, 1927, Vienna, social protest, workers, Palace of Justice, photographic image analysis.

---

## 1. Einleitung

---

Die Unruhen des 15. Juli 1927 in Wien, der Brand des Justizpalastes, die 89 Toten dieses Ereignisses und der brutale Polizeieinsatz waren nicht nur im europäischen Maßstab der 1920er Jahre etwas ganz Ungewöhnliches, sondern sie haben auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur wenige Parallelen, wenn man etwa von der noch blutigeren (und daher nicht an Grausamkeit gleichwertigen) Niederschlagung der Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz absieht. Nirgendwo waren solche Massaker jedoch von einem so großen Brand begleitet wie in Wien. Dieser „blutige Freitag“ scheint in der „kollektiven österreichischen Erinnerung“ stärker präsent gewesen zu sein als der Schutzbundaufstand 1934. Dieser brachte niemals so große Menschenmassen an einem Ort zusammen und vollzog sich, abgesehen

---

\* Revised Version of 2015, from: Gerhard Botz. 2008. Ungerechtigkeit, die Demonstranten, Zufall und die Polizei: der 15. Juli 1927. Bildanalysen zu einem Wendepunkt in der Geschichte Österreichs. In *80 Jahre Justizpalastbrand. Recht und gesellschaftliche Konflikte*, ed. Bundesministerium für Justiz, Ludwig Boltzmann-Institut für Geschichte und Gesellschaft, Cluster Geschichte Wien: 21-57, Innsbruck: Studienverlag 2008.

vom Artilleriebeschuss von Wiener Gemeindebauten, weithin in Form einzelner kleinräumiger Gefechte. Viele sozialdemokratisch Gesinnte, die mit dem Rücken zur Wand gegen die autoritäre Diktatur Dollfuß kämpften, und der Großteil der Wiener hatten sich am 12. Februar in ihre Wohnungen verkrochen, während am 15. Juli 1927 Zehntausende – vielleicht gegen 200.000 – Menschen in die Innenstadt strömten, um zu demonstrieren, oder einfach zum „Feuer schau’n“ kamen. Die elementare Wucht des Massenereignisses und das zur symbolischen Überhöhung herausfordernde Feuer mit seiner gigantischen Rauchwolke haben die Vorstellungen, Ängste und Erwartungen von mindestens drei Generationen von Wienern, aber auch von Österreichern in den Bundesländern geprägt.<sup>1</sup> Der Justizpalastbrand wurde so etwas, was die neuere „kollektive Gedächtnis“-Forschung „lieu de mémoire“ genannt hat.<sup>2</sup>

Österreichische Politiker und Historiker haben dieses Ereignis meist als Wendepunkt der Geschichte der Ersten Republik beschrieben, von dem aus der Weg direkt zum Ende der Demokratie und zum Bürgerkrieg geführt habe. Sehr früh und am intensivsten hat diese Erklärungslinie (von einem ideologiegeschichtlichen und politik-philosophischen Ansatz aus) Norbert Leser in seinem „klassischen“ Austromarxismus-Buch dargelegt.<sup>3</sup> Auch die von Kreisky gegründete „Wissenschaftliche Kommission“ beschäftigte sich zunächst nur mit der Erforschung der 1927 einsetzenden Untergangs-Geschichte der Republik.<sup>4</sup> „Österreich I“<sup>5</sup> von Hugo Partisch und Sepp Riff stilisierte diesen Tag, „als die Republik brannte“,<sup>6</sup> zum dramaturgischen Scharnier in der Mitte einer monumentalen und publikumswirksamen Fernseherzählung. Kaum weniger hat dieser damals glühend heiße Tag den Widerspruch, die Trauer und die Imagination von Dichtern gefangen genommen. Die prominentesten Beispiele liegen in literarischen Werken von Karl Kraus, Heimito von Doderer, Elias Canetti und Manes Sperber vor,<sup>7</sup> die in den letzten Jahren von Germanisten analysiert wurden.<sup>8</sup> Gerald Stieg<sup>9</sup> hat sie vor einigen Jahren untersucht und festgestellt, dass der

<sup>1</sup> Vgl. allg. James Pennebaker und Becky L. Banasik: On the Creation and Maintenance of Collective Memories, in: James W. Pennebaker, Darío Páez und Bernard Rimé (Hg.): *Collective Memory of Political Events*, Mahwah, NJ, 1997, S. 3–20.

<sup>2</sup> Nicht enthalten in: Emil Brix, Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl (Hg.): *Memoria Austriae*, 3 Bde., Wien 2004–2005.

<sup>3</sup> Immer noch unerlässlich auch zur Analyse der sozialdemokratischen Theorie und Praxis: Norbert Leser: *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*, Wien 1968, vor allem Teil 2; dieser nur noch in der 2. Aufl., Wien 1985.

<sup>4</sup> Österreich 1927 bis 1938. Protokoll des Symposiums in Wien 23. bis 28. Oktober 1972, Wien 1973 und: Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Protokoll des Symposiums in Wien am 15. Juni 1977, München 1979.

<sup>5</sup> Hugo Partisch und Sepp Riff: *Österreich I. Die unterschätzte Republik*, Wien 1989. In der Fernsehdokumentation „ÖI“ hat Partisch bereits meine Schattenbestimmungen verwendet.

<sup>6</sup> Norbert Leser und Paul Sailer-Wlasits (Hg.): *1927 als die Republik brannte*, Wien 2002.

<sup>7</sup> Siehe auch von kommunistischer Seite Georg W. Pijet und Wladimir Majakowski, sowie damals: Robert Neumann: *Die Sintflut*, Stuttgart 1929 (vgl. dazu auch dessen Brief an mich vom 11.3.1966: Robert Neumann: *Vielleicht das Heitere. Tagebuch aus einem andern Jahr*, München 1968, S. 319 ff.); von Heimwehr- bzw. NS-Seite: Roderich Müller-Guttenbrunn: *Umsturz im Juli*, Klagenfurt 1930; Rudolf Henz: *Die Gaukler*, München 1932.

<sup>8</sup> Gerald Stieg: *Frucht des Feuers*, Wien 1990; dazu nun auch: Thomas Köhler und Christian Mertens (Hg.): *Justizpalast in Flammen. Ein brennender Dornbusch*, Wien 2006.

15. Juli geradezu zum Modellfall auch für philosophisch-geschichtspsychologische Theorien und die Symbolik des Feuers wurde. Die Geschichts- bzw. Kulturwissenschaftler Wolfgang Maderthaner und Lutz Musner haben die daran knüpfenden Diskurse über Massenphänomene in der Moderne in einen noch größeren Zusammenhang gestellt und bis in psychoanalytische Studien hinein verfolgt.<sup>10</sup>

Es scheint fast so, als würden nach den Zeitzeugen und den politischen Diskussionen, die noch die zeithistorischen Veranstaltungen der 1970er Jahre zu diesem Thema überlagerten, heute wieder die Dichtung und mit ihr die Kulturwissenschaftler zu Wort kommen, wie es der Theorie der Assmanns von der Ablösung des „kommunikativen“ durch das „kulturelle Gedächtnis“ entspricht.<sup>11</sup> Mit dem Erlöschen der direkten, von „Zeitzeugen“ weiter gegebenen Erinnerungen treten die kulturell verfestigte Erinnerungen in Form von Gedenkfeiern, Monumenten, ästhetischen Präsentationen etc. und die geschichtswissenschaftliche Analyse in den Vordergrund. Aber es entsteht auch die Gefahr, dass sich alte und neue Mythen über wichtige oder unwichtige Elemente dieses Ereignisses bilden. Einen solchen Eindruck kann man aus jüngst erschienenen Artikeln in populären Magazinen gewinnen, die fern von schon erarbeiteten Forschungsergebnissen alte Hüte aufwärmen und ignorieren, dass gegenüber allen Hypothesen und möglichen Deutungen, so anregend oder spektakulär diese auch sein mögen, unabweisbar „die Quellen [...] ein Vetorecht“ haben (Reinhard Koselleck).<sup>12</sup> Einige Klarstellungen und Interpretationsvorschläge seien hier daher auf der Basis von bisher kaum beachteten Quellen gebracht.

---

## 2. „Schatten-Methode“ der Bild-Datierung

---

Zu dem geschichtswissenschaftlichen Verfahren, das meinen Ausführungen zu Grunde liegt, die „Schatten-Methode“ zur genauen Datierung von photographischen Bildern, möchte ich hier nur anmerken, dass es auf mehreren methodisch-theoretischen Ebenen beruht. Es bezieht nicht nur Archiv- und Printquellen ein, sondern auch makroanalytische Zeitreihen und sozialstatistische Daten, insbesondere auch die Auswertung von Personalangaben der Gewalt-Opfer.<sup>13</sup> Besonderes Gewicht möchte ich hier jedoch auf eine sozialgeschichtlich-quellenkritische Analyse von

---

<sup>9</sup> Stieg, Frucht, S. 84 ff.

<sup>10</sup> Wolfgang Maderthaner und Lutz Musner: Der Aufstand der Massen – Phänomen und Diskurs, in: dieselben, Roman Horak und Siegfried Mattl (Hg.): Stadt. Masse. Raum, Wien 2001, S. 9–67.

<sup>11</sup> Vgl. Jan Assmann: Das kulturelle Gedächtnis, München 1999; Aleida Assmann: Der lange Schatten der Vergangenheit, München 2006.

<sup>12</sup> Reinhard Koselleck: Standortbindung und Zeitlichkeit, in: Reinhard Koselleck: Vergangene Zukunft, Frankfurt/M. 1979, 206 f.

<sup>13</sup> Am umfassendsten bisher: Gerhard Botz: Die „Juli-Demonstranten“, ihre Motive und die quantifizierbaren Ursachen des Justizpalastbrandes 1927, in: ders.: Krisenzone einer Demokratie, Frankfurt/M. 1987, S. 65–117.

mehr als 100 zeitgenössischen Photographien legen, einer Methode folgend, die ich entwickelt<sup>14</sup> und mit Mitarbeitern und Studenten weiter geführt habe.<sup>15</sup>

Im Wesentlichen basiert diese von mir entwickelte Schatten-Methode der zeitlichen Datierung von historischen Fotos auf drei Voraussetzungen: Erstens sind auf den einzelnen Bildern Schlagschatten klar erkennbar, die von der Sonne an dem bis Mittag klaren 15. Juli 1927 auf die Gebäude im Wiener Regierungsviertel geworfen wurden, vor denen die turbulenten Ereignisse zunächst abliefen. Und diese Schatten fallen alljährlich am 15. Juli (bzw. am 25. Mai) in derselben Weise wie damals. Mittels einer Beobachtung der Schatten und deren Vergleich mit denen auf den Bildern können die abgebildeten Vorgänge manchmal auf fünf Minuten genau bestimmt werden.

Es ist, zweitens, eine – in den zentraleuropäischen Ländern seltene – bauhistorische Besonderheit der aus der Gründerzeit stammenden Gebäude des Wiener Regierungsviertels, dass diese Gebäude im Zweiten Weltkrieg selten von Bomben getroffen wurden; sie haben sich überraschenderweise nicht nur bis in die 1960er Jahre, als ich solche Schattenbeobachtungen begann, sondern bis heute in vielen Fällen kaum oder überhaupt nicht verändert erhalten.

Drittens haben die Entwicklung der fotografischen und filmchemischen und technischen Innovationen (Leica!) und die damals auch aufkommende Bildreportage Fotoserien ermöglicht, die in einer bis dahin einmaligen Weise Bildsequenzen hinterlassen haben, die nun zusammengetragen wurden.<sup>16</sup>

Diese Schattenbilder können also auf mehrfache Weise analysiert werden: mikroereignisgeschichtlich, sozialhistorisch und kulturgeschichtlich im Sinne des „Blicks des Fotografen“ und ihrer ikonographischen „Vorbilder“. <sup>17</sup> Ähnliches gilt

---

<sup>14</sup> Gerhard Botz: Beiträge zur Geschichte der politischen Gewalttaten in Österreich von 1918 bis 1933 (ungedruckte phil. Diss., Univ.) Wien 1966, Bd. 2, S. 375 f., Bd. 3, S. 229–246; siehe auch Gerhard Botz: Gewalt in der Politik, 2. Aufl., München 1983, S. 141–160; auch: Werner A. Perger: Historiker, Kriminologe, Bürgerkriegsforscher. Wie Gerhard Botz die Geschichte des Justizpalastbrands rekonstruiert, in: ZEIT ONLINE 28.6.2007 <<http://www.zeit.de/2007/27/Portrait-Botz/komplettansicht>>.

<sup>15</sup> Alexander Salzmann hat mit Mag. Heinrich Berger am Ludwig-Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Wien – Salzburg (in Hinkunft abgekürzt: LBIHS) eine interne Bild-Datenbank erstellt. Den beiden Genannten sowie Dr. Regina Fritz und Mag. Philipp Mitnick, aber auch den Teilnehmern an meiner Lehrveranstaltung „Soziale Konflikte und politische Gewalt“ im Sommersemester 2006 und den Teilnehmern am Forschungsseminar 2006/07 an der Univ. Wien und Mag. Sandra Paweronschitz sei hier herzlich gedankt.

<sup>16</sup> Diese Fotos sind bisher nur verstreut archiviert gewesen, vor allem im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien und im Bildarchiv der Gesellschaft für Zeitgeschichte (am Institut für Zeitgeschichte der Univ. Wien), nunmehr teilweise Bildarchiv Austria der Österreichischen Nationalbibliothek, im Wien Museum und im Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien, sowie im Bildarchiv des ORF. Ich danke für die Unterstützung bei der Sichtung bzw. Kopierung vor allem Michaela und Robert Pfundner sowie den anderen hilfreichen Mitarbeitern der genannten Archive. Vgl. allg.: Anton Holzer: Fotografie in Österreich. Geschichte, Entwicklungen, Protagonisten. 1890 – 1955, Wien 2013.

<sup>17</sup> Vgl. Peter Burke: Augenzeugenschaft. Bilder als historische Quellen, Berlin 2003, S. 205 ff. Am LBIHS läuft dazu ein langfristiges Analyseprojekt, das bisher teilweise von der Kulturabteilung der Stadt Wien (Christian Ehalt) und der Arbeiterkammer Wien (Brigitte Pellar) unterstützt wurde.

auch für filmische Dokumente aus dieser Zeit,<sup>18</sup> die einer Analyse mit derselben Methode noch harren. So ist es möglich, eine einigermaßen nachvollziehbare Ordnung in „das Drunter und Drüber von tausend verwickelten Handlungen, die sich an jenem Tag [...] unentrinnbar verquickten“,<sup>19</sup> zu bringen. Mein Beitrag präsentiert daraus einige Ergebnisse, eine monographische Darstellung bereite ich vor.

---

### 3. Gewaltkonjunktur und Ausnahmeereignis

---

Am Ausgangspunkt einer mittelfristigen Ursachenlinie der Ereignisse des 15. Juli 1927 steht der sogenannte Zusammenstoß in Schattendorf am 30. Jänner 1927. Angehörige des Republikanischen Schutzbundes und andere Sozialdemokraten gerieten damals in dem kleinen burgenländischen Grenzdorf, in dem neben einer deutsch- bzw. kroatischsprachigen Mehrheit auch eine kleine ungarische ethnische Gruppe lebte, in einen folgenschweren politischen Konflikt mit Mitgliedern der „Frontkämpfervereinigung Deutschösterreichs“. Die politischen Bestrebungen dieser rechtsextrem-monarchistischen paramilitärischen Organisation, auch außerhalb Wiens Fuß zu fassen, und ihre Strategie, den nicht immer gewaltlosen Widerstand der Sozialdemokraten durch stärkere Gewaltandrohung und -anwendung zu brechen, hatte lokal eine kritische Konfliktkonstellation geschaffen. Sie glich allerdings eher einem mikrosozial und ethnisch-kulturell unterlegten „Krieg auf dem Dorfe“ zwischen Stammgästen konkurrierender Gasthäuser denn einer rein parteipolitischen Konfrontation.<sup>20</sup> Einige Frontkämpfer fühlten sich offensichtlich von den weitaus zahlreicheren, zwar sich drohend gebärdenden, aber überwiegend gewaltlos an „ihrem“ Gasthaus vorbei marschierenden Gegnern bedroht und gaben Schüsse in die Menschenmenge ab, deren Opfer nicht den üblichen sozialdemokratischen Kombattanten jener Jahre glichen. Bei den Getöteten von Schattendorf handelte es sich um einen siebenjährigen Buben und einen sozialdemokratischen Kriegsinvaliden. Da es sich dabei um solche Mitglieder der Gesellschaft handelte, die infolge ihrer physischen Schwäche und Gebrechlichkeit eine besondere kulturelle Schutzstellung einnehmen – Invaliden und Kinder –, erklärt sich der besondere Verstärkungseffekt der auch aus anderen Ursachen gespeisten, ungewöhnlich starken Empörung unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die sich schon in Demonstrationen an den unmittelbar folgenden Tagen äußerte.

Seit 1923 hatten sich in Wien und Umgebung schon mehrfach ernsthafte gewalttätige Zusammenstöße zwischen Mitgliedern rechtsradikaler und faschistischer Organisationen einerseits und sozialdemokratischen Arbeitern andererseits ereignet.

---

<sup>18</sup> Vgl. Elisabeth Büttner und Christian Dewald: Das tägliche Brennen. Eine Geschichte des Österreichischen Films von den Anfängen bis 1945, Salzburg 2002, S. 124–237, hier S. 236 f.

<sup>19</sup> Nicht anders als bei mittelalterlichen Schlachten etwa, siehe: Georges Duby: Der Sonntag von Bouvines. 27. Juli 1214, Berlin 1988, S. 11.

<sup>20</sup> Gerhard Botz: Der „Schattendorfer Zusammenstoß“: Territorialkämpfe, Politik und Totschlag im Dorf, in: Leser und Sailer-Wiasits, 1927, S. 11–31; vgl. ausführlicher auch: Ute Bauer: 30. Jänner 1927. Der Zusammenstoß von Schattendorf (ungedruckte geisteswiss. Diplomarbeit, Univ.) Wien 1995; Winfried R. Garscha / Barry McLoughlin: Wien 1927. Menetekel für die Republik, Wien 1987, S. 5–20.

Während die extreme Rechte die Folgen des brutalen Einsatzes ihrer gefährlichen Waffen kalt kalkulierte, waren die Todesopfer ausschließlich auf der Linken zu beklagen gewesen. Im umgekehrten Verhältnis zur Schwere der Tat stand die Bestrafung der Täter durch die Gerichte. Die vermutlichen Täter – Nationalsozialisten oder Rechtsmonarchisten – waren danach frei gesprochen worden oder mit geringeren Strafen als linke politische Gewalttäter davon gekommen. In einer früheren Untersuchung bin ich zu dem Schluss gekommen, der immer noch aufrecht zu halten ist: Zwischen 1923 und 1932 wurden in Gerichtsverfahren nach tödlich verlaufenden bewaffneten Zusammenstößen sogenannte „Antimarxisten“, wenn sie schuldig gesprochen wurden, zu Gefängnisstrafen verurteilt, die weniger als halb so lang waren als die ihrer „marxistischen“ Gegner, die wahrscheinlich eher unter Anklage gestellt wurden, allerdings daher auch öfter gänzlich frei gesprochen werden mussten.<sup>21</sup> Schon bei den Urteilen in den Fällen der Tötung Franz Birneckers (Wien-Favoriten) und Karl Stills (Mödling) hatte gerade dieser Sachverhalt starke Erregung bei den Sozialdemokraten hervorgerufen. Umso mehr wurde durch die Häufung solcher Fälle bis zum Jahre 1927 und aufgrund der Offenkundigkeit der Verschuldensfrage im Schattendorfer Zusammenstoß das elementare Gerechtigkeitsgefühl der politisch bewussten Arbeiterschaft herausgefordert.<sup>22</sup>

Die in solchen Konflikten zum Ausdruck kommende Asymmetrie des Verschuldens hatte sich im entstehenden Gewaltdiskurs seit Mitte der 20er Jahre, verstärkt von der sozialdemokratischen Agitation, breiten Schichten ihrer Anhängerschaft eingeprägt. Die zu ihren rechten, faschistischen Rändern offene „antimarxistische“ Seite dagegen hatte begonnen, sich ihrerseits als Opfer des „roten Terrors“ und linker Gewaltdrohungen zu sehen und von „berechtigter Notwehr“ zu sprechen.

So begann das politische Klima der Republik, sich schon Mitte der 1920er Jahre mit dem wachsenden Antagonismus zwischen bürgerlicher „Einheitsliste“ und „Austromarxismus“ und mit dem Aufkommen der faschistischen Bewegungen deutlich zu verschlechtern. Den paramilitärisch organisierten Heimwehren und den frühen Nationalsozialisten stellte sich der ebenso organisierte Republikanische Schutzbund gegenüber.<sup>23</sup> Die Politik wurde ideologischer und das sozialdemokratische wie das christlich-soziale Lager gaben sich 1926 neue, radikale, die weltanschaulichen Fronten vertiefende Parteiprogramme. Der anfängliche politisch-gesellschaftliche Konsens in der 1918 von allen großen Parteien gegründeten Republik war deswegen und auch aus anderen, sozial-wirtschaftlichen Gründen brüchig geworden und wurde immer schwächer.

Die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung in der Ersten Republik war selbst in den „Goldenen Zwanzigern“ von einer hohen und bald noch mehr steigenden Arbeitslosigkeit geprägt. Dies waren gravierende Folgen der strukturellen Nachwirkungen des Weltkriegs und des Zerfalls des habsburgischen Wirtschaftsraumes, verstärkt noch durch die Politik der rigorosen Sanierung der Staatsfinanzen in der ersten Regierungsperiode des christlich-sozialen Kanzlers Ignaz Seipel. Sogar in den Jahren relativer wirtschaftlicher Prosperität, von der vor allem das Bürgertum

<sup>21</sup> Botz, Gewalt, S. 322 f.; zum Folgenden siehe auch S. 87 ff.

<sup>22</sup> Allg. dazu Barrington Moore: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt/M. 1982, S. 19 ff.

<sup>23</sup> Ilona Duczyńska: Der demokratische Bolschewik, München 1975, S. 110 ff.

profitierte, sank die Arbeitslosigkeit nicht unter zehn Prozent. In einzelnen Industriezweigen, vornehmlich in Ostösterreich, erreichte die Arbeitslosigkeit noch höhere Werte, so in Handel und Verkehr 17%, in der Bekleidungsindustrie 19% und in der Eisen- und Metallindustrie 30%.<sup>24</sup> Besonders viele „Juli-Demonstranten“<sup>25</sup> 1927 kamen aus diesen Gruppen, auch wenn sie selbst noch nicht direkt von der Arbeitslosigkeit betroffen sein mochten, Angst hatten sie jedenfalls davor. Arbeitslosigkeit war – aus makrohistorischer Perspektive – in der Zwischenkriegszeit einer der am stärksten Gewalt fördernden Faktoren, der allerdings nicht direkt, sondern auf vielfältige Weise – vermittelt etwa über organisatorische Stärke, Schwächung der Streikbereitschaft und politisch-kulturelle Momente – wirksam wurde. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich der „15. Juli 1927“ nicht als ein Einzelereignis dar, sondern als ein Glied in einer langen Kette politischer Gewaltfälle, das nur durch seine ungemäin hohe Opfer-Zahl über die jährlichen Opferbilanzen der Zeit vor dem doppelten Bürgerkrieg des Jahres 1934 hinausragt. Die Erklärung für diesen „Überschuss“ an gesellschaftlich strukturell vorgezeichneter Gewalt liegt im unverhältnismäßigen Einsatz der Gewaltmittel des Staates, wie noch zu zeigen sein wird, und in dem spezifischen Faktor eines enttäuschten Gerechtigkeitsgefühls.

---

#### 4. Enttäuschung und Gefühl der Ungerechtigkeit

---

Die Bewusstseinslage in der Sozialdemokratie war um das Jahr 1927 gespalten, wie ihre Zeitungen und politischen Reden erkennen lassen. Zum einen war das Machtbewusstsein der Sozialdemokraten, insbesondere in Wien, außerordentlich stark. Wegen ihrer historischen Rolle, die sie bei der Gründung der Republik gespielt hatten, identifizierten sie sich mit der nicht unbedingt geliebten „bürgerlichen Republik“.<sup>26</sup> Trotz aller Distanz zu diesem Staat bestand gerade auch in den Wiener Kernschichten der sozialdemokratischen Partei ein hoher Anspruch auf justizielle Gerechtigkeit in „ihrem“ Staat. Ihre organisatorische Stärke und das seit der Wahl-niederlage von 1920 wieder kontinuierliche Ansteigen ihrer Wählerzahlen bestärkten die Sozialdemokraten in einem übersteigerten Selbstbewusstsein. Die theoretischen Fehleinschätzungen Otto Bauers und anderer Vertreter des Austromarxismus, die orthodox marxistisch denkend aus einem Anstieg der bloßen Zahl der Arbeiterklasse auch eine automatische Zunahme ihrer Wähler ableiteten, ließen diese Theo-

---

<sup>24</sup> Kurt W. Rothschild: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der Österreichischen Wirtschaftskultur, in: Wilhelm Weber (Hg.): Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen, Berlin 1961, Bd. 1, S. 80 f.

<sup>25</sup> Ich verwende diese Bezeichnung hier zusammenfassend für die quantitativ ausgewerteten insgesamt 274 Getöteten, Schwerverletzten und in Prozessen wegen Beteiligung an Ausschreitungen am 15. Juli 1927 Angeklagten; Analyseergebnisse daraus sind nur bedingt auf alle Demonstrierenden zu übertragen, siehe: Botz, Krisenzonen, S. 305–358, hier auch ein differenzierteres quantitatives Erklärungsmodell.

<sup>26</sup> Vgl. noch zum 10-jährigen Gründungstag der Republik: AZ, 11.11.1928, S. 2, zit. nach: Josef Seethaler und Gabriele Melischek: Demokratie und Identität. Zehn Jahre Republik in der Wiener Presse 1928, Wien 1993, S. 84–89.



retiker wännen, sie würden kurz vor ihrem gesellschaftspolitischen Sieg stehen, während – aus historischer Sicht erkennbar – das Umgekehrte der Fall war.<sup>27</sup>

Zum anderen dürfte unter Sozialdemokraten auch ein starkes Gefühl der Enttäuschung darüber bestanden haben, dass sich die politische Vertretung der Arbeiterschaft auf der staatspolitischen Ebene weiterhin auf dem Rückzug befand, dass die „antimarxistischen“ Parteien nach den für sie nicht erfolgreich ausgegangenen Frühjahrsahlen 1927 dennoch ihre Koalitionsregierung unter Seipel in erweiterter Form fortsetzen konnten, obwohl die sozialdemokratische Partei stark an Stimmen wie an Mandaten gewonnen hatte. Dazu kam, dass die Umpolisierung des Bundesheeres weiter fortschritt und eine provokatorische Waffensuche am 27. März 1927 im Wiener Arsenal von den bürgerlichen Mitwissern der dort schon 1918 angelegten Waffenverstecke unternommen wurde,<sup>28</sup> was sich als der Beginn einer systematischen einseitigen Entwaffnung der Sozialdemokratie und ihres Republikanischen Schutzbundes deuten ließ.

Dies hatte auch in der sozialdemokratischen Anhängerschaft eine gewisse demokratiepolitisch bedenkliche Selbsthilfementalität erzeugt. Einerseits hatte die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“ (SDAP) längst bewiesen, dass sie in ihrer praktischen Politik durchwegs reformistisch und parlamentarisch-demokratisch orientiert war und Gewalt in ihrer politischen Theorie nur als Defensivinstrument im Kampf um die Staatsmacht erwogen wurde, andererseits aber hatte sie im täglichen politischen Kampf ihre Massenpropaganda nicht selten auf einen Klassenkampf begriff „im Heugabelsinn“, wie Karl Renner auf dem sozialdemokratischen Parteitag im Herbst 1927 kritisierte, eingestellt. Dadurch unterblieb im politischen Bewusstsein ihrer Anhänger die Bildung einer klaren Vorstellung vom Wesen der „von den Massen allzuoft gering gewerteten Demokratie“. Gewalt wurde immer noch von einem nicht geringen Teil der Arbeiterschaft als ein mögliches Mittel der Politik angesehen.<sup>29</sup>

Die stetige innenpolitische Rechtsverschiebung und Polarisierung, nicht zuletzt auch die genannte Serie von auffällig milden Urteilen gegen der extremen Rechten angehörige Verantwortliche an Gewalttaten, bei denen Menschen, die der Linken zugerechnet wurden, zu Tode gekommen waren, dienten als Rechtfertigung. Daraus ergab sich, dass auf Seiten der Sozialdemokraten das Urteil im Schattendorfer Prozess als Gipfelpunkt der Ungerechtigkeit empfunden wurde. Dieses Gefühl wurde durch den bekannten Leitartikel des Chefredakteurs der „Arbeiter-Zeitung“, Friedrich Austerlitz, noch verstärkt.

Im Nachhinein ist leicht festzustellen, welches Sprengpotential schon im Schattendorfer Zusammenstoß und erst recht während des Anfang Juli 1927 ablaufenden Schattendorfer Prozesses angehäuft war; es hatte sich schon in politisch motivierten Schlägereien während des Prozessverlaufes in Wien-Favoriten und Klosterneuburg

---

<sup>27</sup> Leser, Reformismus, S. 402 ff.

<sup>28</sup> Oskar Trebitsch: Der 15. Juli und seine rechte Lehre, Wien (1927), S. 8 ff.; Otto Leichter: Glanz und Ende der Ersten Republik, Wien 1961, S. 46 ff.; vgl. auch Duczynsky, Bolschewik, S. 315 ff.

<sup>29</sup> Parteitag 1927. Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages, abgehalten vom 29. Oktober bis 1. November 1927 im Ottakringer Arbeiterheim in Wien. Wien 1927, S. 132 ff.

geäußert.<sup>30</sup> Es gab aber zeitgenössische Stimmen, die bereits damals vor den absehbaren Folgen dieser Prä-Bürgerkriegssituation warnten, als am Abend des 14. Juli das von den Geschworenen gefällte Urteil bekannt gegeben wurde: Freispruch in allen Punkten. Auch die Annahme einer schuldhaften Notwehrüberschreitung hatte nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit der überwiegend mittelständischen Schichten zuzurechnenden Geschworenen gefunden.<sup>31</sup> Selbst die liberal-bürgerliche „Neue Freie Presse“ schrieb, vor allem im Hinblick auf das Prozesspublikum: „Man wünscht sich ein bißchen Disziplinlosigkeit. [...] Einen Protest wenigstens einer Minderheit möchte man hören, einen Zweifel [...].“<sup>32</sup> Derselbe Tenor findet sich bei Austerlitz:

„Denn wenn die Arbeiter erkennen müßten, daß es für sie in dieser kapitalistischen Ordnung keine Gerechtigkeit gibt, daß die Justiz zur Komödie herabsinkt, wenn ein den arbeitenden Menschen zugefügtes Unrecht zu sühnen ist, dann wird der Glaube an diese Gerechtigkeit vernichtet und das Vertrauen zu ihr verschüttet. Denn die Versagung der Gerechtigkeit ist das Schlimmste, das den arbeitenden Menschen angetan werden kann, und wenn sie das einmal erkennen und ihr Bewußtsein von dieser niederdrückenden Tatsache erfüllt ist, so ist es um diese Rechtsordnung geschehen. Die bürgerliche Welt warnt immerzu vor dem Bürgerkrieg; aber ist diese glatte, diese aufreizende Freisprechung von Menschen, die Arbeiter getötet haben, nicht schon selbst der Bürgerkrieg? Wir warnen sie alle, denn aus einer Aussaat von Unrecht, wie es gestern geschehen ist, kann nur schwereres Unheil entstehen.“<sup>33</sup>

Dieser Artikel, der am frühen Morgen in einer Zeitungsauflage von über 100.000 erschien, brachte das Dilemma, in dem sich die sozialdemokratische Parteiführung befand, deutlich zum Ausdruck: einerseits ein klares Fehlurteil anprangern zu wollen, andererseits die von ihr verteidigte Geschworenengerichtsbarkeit nicht kritisieren zu können, die den christlich-sozialen Seipels schon seit langem ein Dorn im Auge war; gleichzeitig die Empörung ihrer Anhängerschaft artikulieren zu sollen und doch nicht offen zu Protestdemonstrationen aufrufen zu dürfen. Aus der Beschwörung des verletzten Gerechtigkeitsgefühls und einer Sprache, die ein Ersatz für Handlung sein sollte, ergab sich jedoch gerade eine Diktion, die selbst als Aufforderung zum Protest wirken musste und wohl auch als solche gedacht war.

---

## 5. Fehleinschätzungen bei den Sozialdemokraten und bei der Polizei

---

Dieselbe zwiespältige Haltung blieb auch noch in der Nacht auf den 15. Juli bestehen. Als eine Delegation von E-Werksarbeitern spät nachts beim intellektuellen Führer der sozialdemokratischen Partei, Otto Bauer, im Parteihaus anfragte, was zu

---

<sup>30</sup> Charles A. Gulick: Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien (1948), Bd. 2, S. 486 ff.

<sup>31</sup> Viktor Liebscher: Die Österreichische Geschworenengerichtsbarkeit und die Juliereignisse 1927, in: Ereignisse des 15. Juli 1927, S. 60-99, hier S. 85.

<sup>32</sup> Neue Freie Presse, Morgenblatt, 15.7.1927, S. 12.

<sup>33</sup> AZ, 15.7.1927, S. 2.

geschehen habe, ließ sich dieser verleugnen und vermied ein persönliches Zusammen treffen mit seinen Genossen, wohl weil er eine offene Darlegung des Dilemmas zwischen radikaler Theorie und gemäßigter Praxis<sup>34</sup> vermeiden wollte.<sup>35</sup> Und selbst, als am Morgen spontane Demonstrationen von Funktionären der sozialdemokratischen Parteiorganisation und der Gewerkschaft gefördert und „organisiert“ wurden, meinte die SP-Führung, diese doppelbödige Politik fortsetzen zu sollen.

Dies erklärt, warum die Demonstranten allein gelassen wurden, als sich bald nach Arbeitsbeginn in vielen Betrieben Wiens die Arbeiter zu Protestdemonstrationen zu formieren und in die Innenstadt zu strömen begannen. Anders als sonst waren sie nicht geordnet und begleitet von Schutzbündlern und ohne ein klares Ziel: Nur: „Protest dem Schandurteil“ auf der Ringstraße im Parlamentsviertel, wie immer am 1. Mai und bei andern Großdemonstrationen.

Wie die sozialdemokratische Partei vom gänzlichen Freispruch der Schattendorfer „Frontkämpfer“ und von dessen besonders empörter Aufnahme bei ihrer Anhängerschaft überrascht wurde, war auch die Wiener Polizei zu diesem Zeitpunkt ebenso unvorbereitet auf Massendemonstrationen. Die Staatspolizei hatte bei allen in Frage kommenden Gruppen, bei der Frontkämpferorganisation, bei der sozialdemokratischen Partei und bei den Kommunisten, erkunden lassen, ob Demonstrationen geplant seien, und, als dies von allen Seiten negativ beantwortet worden war, hatte die Polizeidirektion angeblich sogar einen Teil ihrer während der letzten Tage in Bereitschaft gehaltenen Mannschaften vom Dienst entlassen.<sup>36</sup>

Während die Auslieferung der „Arbeiter-Zeitung“ am 15. Juli begann, fassten zwischen 5 und 6 Uhr früh die Betriebsräte der Städtischen Elektrizitäts-Werke in der Mariannengasse im 9. Bezirk endgültig den Beschluss, von 8 bis 9 Uhr zum Zeichen des Protestes den elektrischen Strom für die Straßenbahn abzuschalten. Julius Deutsch, der Obmann des Republikanischen Schutzbundes, versuchte zwar angeblich die E-Werksarbeiter vom Streik abzuhalten. Er behauptete nachträglich als einer von wenigen die Tragweite dieser Protestaktion geahnt zu haben, konnte sie doch zum Fanal für einen allgemeinen Streik werden. Seine mehr oder weniger ernst gemeinten Bemühungen blieben aber erfolglos.<sup>37</sup>

Bald nach Arbeitsbeginn und Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung“ fanden daher in vielen Wiener Großbetrieben stürmische Protestversammlungen statt. Nun wäre es

---

<sup>34</sup> Eindeutig, jedoch etwas zu sehr nur auf Otto Bauer herausgearbeitet von: Leser, Reformismus, S. 4 12 ff.

<sup>35</sup> Ernst Fischer: 15. Juli 1927, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 3. Jg., Nr. 41, Basel 19. Juli 1934, S. 1668; ähnlich auch in: Ernst Fischer: Erinnerungen und Reflexionen, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 170. Bei einer telefonischen Befragung Ernst Fischers am 3. Oktober 1967 durch den Verfasser bestätigte Ernst Fischer ausdrücklich die Version in der „Rundschau“ und meinte, er könne sich an nichts anderes mehr erinnern, als er dort geschrieben hatte. Die Version von dem Ausweichmanöver Otto Bauers wurde mir bestätigt auch in einem Interview mit Otto Leichter am 25. Juni 1971, Gedächtnisprotokoll bzw. Tonbandaufzeichnung in meinem Besitz.

<sup>36</sup> Ausschreitungen in Wien am 15. und 16. Juli 1927. Weißbuch, hg. v. d. Polizeidirektion Wien, Wien 1927 (in Zukunft zit. als: Weißbuch), S. 5; George E. R. Gedy: Die Bastionen fielen, Wien o. J. [1947], S. 25; Robert Danneberg: Die Wahrheit über die „Polizeiaktion“ am 15. Juli, Wien 1927, S. 12.

<sup>37</sup> Julius Deutsch: Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Zürich 1960, S. 165 f.

für die verantwortlichen sozialdemokratischen Funktionäre die letzte Gelegenheit gewesen, im Sinne ihrer bisherigen Taktik den Republikanischen Schutzbund zur Ordnung der voraussehbaren Demonstrationen einzuberufen. Aber es geschah nichts dergleichen, da man der Protestbewegung nicht den Anschein der Spontaneität nehmen wollte. Im Gegenteil, sie – jedenfalls die mittlere Partei- und Gewerkschaftsebene – ermunterten immer noch (indirekt) ihre Anhänger zu „spontanen“, wenig organisierten Protestdemonstrationen in der Wiener Innenstadt. So erhielt der Obmann des sozialdemokratischen Organisationsausschusses der Gewerkschaft der Rathausbediensteten auf Anfrage, was zu tun sei, aus dem Parteihaus die Antwort, wie der Wiener Zeithistoriker Karl Haas herausgefunden hat: „Über Auftrag des Genossen Deutsch hat sofort ein einstündiger Proteststreik in allen öffentlichen Ämtern, Betrieben und Anstalten stattzufinden und in geschlossenen Zügen vor dem Parlament zu demonstrieren [sic].“<sup>38</sup>

Kaum jemand sah das wahre Ausmaß der Demonstrationen voraus, nicht die Polizei, nicht die allermeisten sozialdemokratischen Parteiführer, die vom Polizeipräsidenten, dem Großdeutschen Johannes Schober, angerufen wurden und beruhigende, subjektiv wahre Absichtserklärungen abgaben. Wie überraschend der Protestausbruch am 15. Juli für alle Seiten – einschließlich der kommunistischen Partei – tatsächlich kam, illustriert auch folgendes Zitat: Der sicher nicht schlecht unterrichtete Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ sandte folgendes, für die Abendausgabe seiner Zeitung bestimmtes Telegramm ab: „Zum Zeichen des Protestes standen heute die Straßenbahnen und einige Fabriken eine Stunde still. Für morgen [also erst für den 16. Juli (Anm. d. Verf.)] werden große Straßenkundgebungen erwartet.“<sup>39</sup>

Um 8 Uhr, als schon Tausende Demonstranten auf dem Anmarsch in das Stadtzentrum waren, ersuchte Julius Deutsch, der Obmann des Republikanischen Schutzbundes, die Polizeidirektion, genügend starke Polizeikontingente bereit zu stellen, „um alle Hitzköpfe in Schranken zu halten“, die Polizisten jedoch nicht zu bewaffnen, „denn das könne die Demonstranten provozieren“.<sup>40</sup> Polizeipräsident Schober bestätigte dies im Ministerrat gemäß Protokoll: „Um 7 Uhr war kein Anzeichen für mich. Um 7 Uhr gingen sie in die Arbeit. Um 8 Uhr hat Deutsch uns verständigt, daß große Erregung sich bemerkbar macht.“<sup>41</sup> Einige Zeit später telefonierte auch der sozialdemokratische Bürgermeister Karl Seitz mit Schober und weinte sich über die städtischen Bediensteten, die begannen, sich den Demonstrationen anzuschließen, aus: „Was sagen Sie dazu, jetzt laufen mir meine Leute fort.“<sup>42</sup>

<sup>38</sup> Karl Haas: Die österreichische Sozialdemokratie in der Konfliktsituation des Juli 1927, in: Ereignisse, S. 137–149, hier S. 138.

<sup>39</sup> Neue Zürcher Zeitung, Abendausgabe, 15. Juli 1927, S. 7.

<sup>40</sup> George E. R. Gedy: Fallen Bastions. The Central European Tragedy. London 1939, S. 30 f. (nicht jedoch in der deutschen Ausgabe: Die Bastionen fielen [1947] enthalten); siehe auch Adolf Schärf: Österreichs Erneuerung 1945–1955, Wien (1955), S. 376 f.; vgl. auch Weißbuch, S. 6 f.

<sup>41</sup> Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik: 1918–1938, Abt. 5. 1. Kabinet Dr. Ignaz Seipel: 21. Okt. 1926 bis 29. Juli 1927, Bearbeiterin Eszter Dorner-Brader, Wien 1983, S. 655; vgl. auch zum Folgenden: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumente 1927 bis 1938, Wien 1927, S. 655.

<sup>42</sup> Ebd., S. 283–288.

Bezeichnend für die Unterschätzung der Lage auf Seiten der meisten sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre ist auch Folgendes: „Gegen halb 10 Uhr rief Bundeskanzler Seipel den sozialdemokratischen Bürgermeister Karl Seitz an und teilte diesem mit, dass angesichts eines solchen Zustandes“ könne man die laufenden Parteienverhandlungen über eine Angleichung des Österreichischen an das deutsche Strafrecht nicht führen. Seipel berichtete aus diesem Gespräch, dass dies „den Seitz verwundert zu haben scheint.“<sup>43</sup>

Kurze Protestversammlungen und Streiks, die am frühen Vormittag in vielen Betrieben angesetzt wurden, wirkten jedoch nicht mehr als Ventil der sich überall bemerkbar machenden großen Empörung, sondern als Verstärker der latenten Protestbereitschaft. Geradezu als Aufruf zum allgemeinen Proteststreik wurde verstanden, dass die E-Werksarbeiter – einem vereinbarten Signal zum Streik folgend – rhythmisch mehrfach den Strom in weiten Teilen Wiens ab- und an- und wieder abschalteten.

Damit war eine weitere wesentliche Voraussetzung zum Entstehen der Massendemonstration und in weiterer Folge zum Ausbruch der Unruhen gegeben. Die Polizei konnte, so sehr sie sich auch anstrengen mochte, ihre Mannschaften nicht mehr in genügender Stärke in Dienst stellen. Von nun an entwickelte sich das Geschehen auf den Straßen des Parlamentsviertels bis in die frühen Nachmittagsstunden mit innerer Logik. Dies wird erst aus historischer Sicht deutlich, für die Zeitgenossen war dies um etwa 8 Uhr früh noch kaum erkennbar.

---

## 6. Feindbilder und Eskalationsspiralen

---

Durch die systematische zeitliche Datierung der zahlreichen zeitgenössischen Fotografien, kann deutlicher als bisher belegt werden, in welchen wechselseitigen Eskalationsschritten die Konfrontationen mit der Polizei, der Angriff auf den Justizpalast und schließlich der ebenso brutale wie unprofessionelle blutige Einsatz der Polizei sich entwickelten. All das kann auch als Extrembeispiel von Straßenpolitik in Städten des Industriezeitalters, eines fast rituellen Kampfes zwischen einer sich bildenden demonstrierenden Menschenmenge und den Ordnungskräften um den öffentlichen Raum gesehen werden.<sup>44</sup>

### 6.1 Beginn der Demonstration und Zerschlagung der Ordnung

Während die Straßenbahnen aufhörten zu fahren und die Arbeiter einzeln, in losen Gruppen oder in geschlossenen Zügen in die Innenstadt zu strömen begannen, formierten sich auch im Hof des Direktionsgebäudes der Elektrizitätswerke die Arbeiter und Angestellten dieses Betriebes zu einem Demonstrationzug. Gegen 8.40 Uhr marschierten sie durch die Alserstraße und Universitätsstraße zum Ring. Sie trugen eine Tafel mit sich, auf der geschrieben war: „Protest dem Schandurteil Wir greifen zur Selbsthilfe!“ (vgl. Bild 1, siehe im Bild-Anhang dieses Beitrags).

---

<sup>43</sup> Ebd., S. 575.

<sup>44</sup> Thomas Lindenberger: Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995, S. 23 ff.; 334 ff.

Schon auf der Ringstraße bei der Universität, die nicht zu Unrecht als Hort der „Reaktion“ galt, kam es zwischen erregten Arbeitern und Studenten sowie einigen Wachleuten zum ersten, allerdings noch nicht gefährlichen „Wirbel“ dieses Tages. Besonnene Arbeiter vermittelten und bewogen die Demonstranten schließlich zum Weiterziehen.<sup>45</sup>

Nach 9 Uhr näherte sich dieser Demonstrationzug, der schon vom Rathaus und von allen Radialstraßen Zuzug erhielt, dem Parlamentsgebäude. Wenige Polizisten versuchten zunächst vergeblich die Ringstraße zu sperren, dann bildeten sie vorsorglich vor der Parlamentsrampe eine Postenkette. Außer Schimpfworten und Drohungen kam es hier zu keinen ernsthaften Auseinandersetzungen mit den Polizisten, wie auch aus später aufgenommenen Fotografien abgelesen werden kann (vgl. Bild 2)

Ein Teil der Arbeiter zog am Parlamentsgebäude vorbei und begann wieder in die Betriebe zurückzukehren. Ein anderer Teil jedoch blieb unentschlossen davor stehen. Allmählich strömten immer mehr Menschen zusammen und auch die Protestrufe wurden lauter. Doch als Bürgermeister Seitz, Stadtrat Tandler und Julius Deutsch in einem Auto auf der Ring-Straße zum Parlament führen, machte man ihnen bereitwillig Platz und begrüßte sie freudig (vgl. Bild 3). Hinter dem Auto schloss sich der freie Raum wieder und auch die angrenzende Stadiongasse war von Demonstranten erfüllt, wie Fotos belegen.

Doch schon vorher hatte die Polizei Einheiten zu Fuß und zu Pferd zum Parlament beordert, um die Polizistenkette davor von den allmählich vordrängenden Demonstranten zu entlasten. Bemerkenswerterweise fanden das Parlamentsgebäude und die davor postierte Polizistenkette jedoch den ganzen Tag über keine besondere Beachtung mehr durch die Demonstranten. Etwa um 10 Uhr wurden aber aus diesem Stadtviertel die ersten verletzten Demonstranten bei der Rettungsgesellschaft gemeldet.

Die zunächst vor dem Parlament und um dieses Gebäude, das traditionellerweise als einer der bevorzugten Aufmarschplätze für Demonstrationen der Sozialdemokraten galt, ließ Stadthauptmann Albert Tauß, der Leiter des Polizeieinsatzes an Ort und Stelle, gegen die anfangs nur etwa 500 Menschen zählende Menge Reiterattacken unternehmen. Rasch wichen die Demonstranten vor den Reitern in die Parkanlagen aus. Voller Empörung, dass Polizeikavallerie in ihrem „Roten Wien“ gegen sie vorgehe, sammelten sie sich wieder hinter den Reitern und bewaffneten sich mit Steinen, die ihnen eine Straßenbahnbaustelle in der Stadiongasse lieferte (vgl. Bild 4).

Weitere, ebenso rücksichts- wie kopflos durchgeführte Reiterattacken trieben schließlich die Demonstranten vom Parlament auch auf den Schmerlingplatz, wo sie sich im Park in immer größerer Zahl sammelten. Der Hauptgegner war hier noch die Polizei und erst in der weiteren Folge wurde der Justizpalast, der sich von seinem Namen her als Symbol der „Klassenjustiz“ geradezu anbot, zur primären Zielscheibe des Protests.

---

<sup>45</sup> Weißbuch, S. 10 f.; 64 ff.; Julius Braunthal: Die Wiener Julitage, Wien 1927, S. 17.

## 6.2 Schwerpunktverlagerung auf den Schmerlingplatz – Zielverschiebung von der Polizei hin zum Justizpalast

Die geradezu logische Abfolge der weiteren Eskalationsschritte kann aus Analysen der Fotos rekonstruiert werden, wie hier exemplarisch an einigen Phasen des Konflikts gezeigt werden soll:

- Etwa gegen 10 Uhr: Ansammlung von Demonstrierenden, die von der Ringstraße abgedrängt worden waren, auf dem Schmerlingplatz. Die Tore des Justizpalastes waren noch geöffnet, an der Rampe stand eine lockere Polizistenkette, da angeblich die Polizei „gerade an dieser Stelle nicht mit einem Ansturm“ rechnete.<sup>46</sup> Dieser Augenzeugenbericht der christlich-sozialen „Reichspost“ wurde durch einen ähnlich lautenden im Polizeiweißbuch ergänzt: „Hier war die Situation noch ruhig. Die Demonstranten standen in den Parkanlagen herum und brüllten und auf der Ringstraße sah man noch geschlossene Demonstrationzüge.“<sup>47</sup> Selbst der christlich-soziale Heeresminister, Carl Vaugoin, berichtete im Ministerrat, dass ihm ein Parteifreund erzählt habe: „Diese Menge hat sich zuerst ruhig verhalten, Polizei im Justizpalast konnte sie zerstreuen, Menge hat sich vermehrt. In der Nähe ist Haus in Reparatur, daraus hat man Barrikaden gemacht. Kampf zwischen Polizei und Menge.“<sup>48</sup>
- Aufmarsch von weiteren (meist berittenen) schwachen Polizeieinheiten, Wechselwirkung von drohender Haltung der Demonstranten, Pfui-Rufe, Beschimpfungen, Bespucken (vgl. Bild 5) und Beschleunigung der Eskalationsspirale ebenso wie hier auch an anderen Orten des Viertels um Parlament und Justizpalast.
- Sodann verschärfte Attacken der berittenen Polizei, die versuchte, immer wieder freien Raum um die zu sichernden Gebäude zu schaffen, während die Demonstranten in den Park auswichen. Um 10.30 Uhr (durch den Streifschatten am Justizpalast genau datiert) ist hinter der geschlossenen Reitergruppe, die kurz vorher oder nachher, wie auf einem anderen Fotos belegt, mit gezogenem Säbel eine Attacke in Richtung des Bildvordergrundes führt, auf dem Schimmel der Kommandant die Einheit zu erkennen; es ist wahrscheinlich der spätere Polizeivizepräsident Michael Skubl, der beim NS-Putsch im Juli 1934 und beim „Anschluss“ im März 1938 noch eine Rolle spielen sollte (vgl. Bild 6).
- Daraufhin verstärkte Selbstbewaffnung vieler Demonstranten mit Steinen, Holzlatten, Eisenstäben, Bauklampfen etc., die Straßenbaustellen und Gerüste an Häusern in unmittelbarer Nähe des Parlamentsgebäudes reichlich lieferten. Hier- von gibt es den typischen Bericht eines Polizei-Oberkommissärs, der die Abtragung eines Baugerüsts an der Ecke Schmerlingplatz/Reichsratsstraße zu verhindern suchte: „Ich mußte hier den Nationalrat Glöckel, der unter dem Gerüst auf aufgeschichteten Brettern stand und sich vergeblich bemühte, sich bei der Menge Gehör zu verschaffen, aus bedrängter Lage befreien, wurde aber selbst mit acht provisorischen Sicherheitswachebeamten in die Reichsratsstraße gedrängt, dabei mit Wurfgeschossen aller Art, wie eisernen Haken, Klampfen, Latten und

---

<sup>46</sup> Reichspost, 18.7. 1927, SW. 1

<sup>47</sup> Weißbuch, S. 115.

<sup>48</sup> Protokolle des Ministerrates, Abt. 5.1, S. 653.

einem Hagel von Steinen beworfen [ ... ].“<sup>49</sup> So erging es dieser oder einer anderen Polizistengruppe exakt um 5 Minuten vor 11 Uhr, die regelrecht gejagt und in die Bartensteingasse vertrieben wurde (vgl. Bild 7); diese Polizisten suchten wahrscheinlich in der am Ende dieser Straße befindlichen Polizeiwachstube Lichtenfelsgasse Schutz.

- Dazu gibt es aus der Polizeiwache Lichtenfelsgasse einen anderen Polizeibericht, der allerdings etwas früher (10.30-10.45 Uhr) datiert ist: „In diesem Augenblick war es, als von der Stadiongasse durch die Bartensteingasse zum Wachzimmer mehrere Kollegen gelaufen kamen, die von einer großen Menge Demonstranten verfolgt und mit Steinen beworfen wurden. Im Nu waren die Demonstranten mit den bei dem Wachzimmer stehenden vereint und ein aus hunderten von Steinen bestehender Hagel wurde auf uns geschleudert.“<sup>50</sup>
- Ab 10 Uhr wurde der Gebrauch der Schusswaffe von bedrängten Polizisten immer häufiger, dadurch stieg auch die Zahl erheblicher Verletzungen von Demonstranten, und die Polizei versuchte, durch Abführung einzelner Verhafteter (so auch in das Polizeiwachzimmer in der Lichtenfelsgasse) die Ausschreitungen einzudämmen.
- Daraus ergab sich die Absicht der Demonstranten, zuerst durch lautstarke Kundgebungen, dann durch tätliche Angriffe eine Befreiung der Arrestanten zu bewirken. Damit verschob sich etwa zu dieser Zeit ein Teil der Angriffe auf das Wachzimmer in der Lichtenfelsgasse, das belagert wurde. Die Polizisten mussten sich schließlich ins Innere des Gebäudes zurückziehen und auch der sozialdemokratische Dritte Landtagspräsident, Josef Hellmann, konnte keine dauerhafte Beruhigung der Lage herbeiführen.
- Gegen halb zwölf Uhr wurde diese Polizeiwache erstürmt und in Brand gesteckt. Dabei kam es zur Tötung der ersten Demonstranten durch Schüsse der Polizei und zur Verletzung einer Anzahl von Polizeibeamten durch Demonstranten mit deren improvisierten Waffen.
- In einer ähnlichen Weise wurde die Aufmerksamkeit der Demonstranten auf Gebäude gelenkt, in denen gejagte Polizisten Schutz suchten, wie im Fall der um 10.45 Uhr verwüsteten Redaktion der „Hausherren-Zeitung“ und der deutschnationalen „Wiener Neuesten Nachrichten“, wo die Demonstranten vergeblich versuchten, auf die Straße gestreute Redaktionspapiere und Zeitungsexemplare anzuzünden. (Dies ist der erste im Zusammenhang mit den Demonstrationen stehende Bericht<sup>51</sup> von einem Feuer an diesem Tag.)
- Um 12.02 Uhr ging bei der Feuerwahrzentrale die telefonische Meldung eines Brandes ein, den die Demonstranten im Polizeiwachzimmer in der Lichtenfelsgasse Haus-Nr. 5 gelegt hatten. Bei der Brandlegung dürfte es zunächst darum gegangen sein, Polizisten, die sich ins Innere des damals „gutbürgerlichen“ Wohnhauses und in angrenzende Gebäude zurückgezogen hatten, „auszuräuchern“, wie aus Rufen der Demonstranten geschlossen werden kann.
- Parallel zu diesen Vorgängen entwickelte sich die Aktion beim Justizpalast weiter. Gegen halb 11 Uhr begannen dort Demonstranten, die vor den Reiterat-

<sup>49</sup> Weißbuch, S. 110.

<sup>50</sup> Ebd., S. 77.

<sup>51</sup> Wiener Neueste Nachrichten, 18.7.1927, S. 4.



tacken in die Parkanlagen des Schmerlingplatzes geflüchtet und aufgebracht waren, die vor dem Justizpalast aufgestellte Polizistenkette anzugreifen. Während der an Heftigkeit zunehmenden Angriffe fielen auch hier die ersten Schüsse, die teils von bedrängten Polizisten, teils von Demonstranten abgegeben wurden.

- Kurz vor 11 Uhr musste sich der vor der Hauptfront postierte Wachekordon ins Innere des Gebäudes zurückziehen und die Demonstranten besetzten das Haupttor. An diesem entwickelte sich durch das geschlossene Gittertor hindurch ein Kampfgeschehen, das durch wiederholte Ausfallversuche der Polizei dramatische Ausmaße annahm. Auch einige sozialdemokratische Ordner (Schutzbündler), die hier eintrafen und die Kampfparteien auseinanderzuhalten suchten, hatten auf Dauer keinen Erfolg.
- Um etwa 11.20 Uhr scheint eine „Kampfpause“ eingelegt worden zu sein, einzelne Fenster im Parterre des Justizpalastes waren schon eingeschlagen, Demonstranten – ein junger Mann, wohl in Siegesstimmung eine (rote?) Fahne schwingend – haben die Rampe und das Haupttor dicht besetzt, unter ihnen befinden sich auch Schutzbündler (vgl. Bild 8).

### 6.3 Ziele der Demonstranten und erbeutete Trophäen

In den ersten Stunden waren die immer noch anwachsenden Kundgebungen – weder verbal noch durch symbolisches Handeln noch durch tätliche Angriffe – kaum gegen die Justiz gerichtet; erst recht nicht gegen die Regierung oder die Staatsform. Das Ziel der Demonstration scheint vielen unklar gewesen zu sein, eher handelte es sich am Vormittag um einen ungerichteten (vielschichtigen, auch sozial und wirtschaftlich motivierten) Protest. Als Ziele kristallisierte sich rasch die Polizei heraus, die mit ihren gewaltsamen Mitteln „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten oder herzustellen suchte. Die Demonstranten wandten sich in steigender Wut zunächst gegen die Sicherheitswache, bevor diese durch ihren Rückzug in die zu schützenden Gebäude die Aggression auf eben diese Gebäude lenkte, wie es in der Bartensteingasse und beim Justizpalast der Fall war.

Polizisten waren die unmittelbaren Gegner auf der Straße und wurden von den Demonstranten mit den damals in Wien nicht unüblichen Beschimpfungen eingedeckt: „Schoberbanditen“, „Bluthunde“, „Mistelbacher“. Letztere Bezeichnung spielte auf die Herkunft vieler Wiener Polizisten aus den ländlichen Gegenden um Wien an. Eine kulturelle und soziale Trennlinie schied die Welt der Wiener Arbeiter von jener der christlich-konservativen der Polizisten. Diese soziale Distanz mag auch die gegenseitige Unbarmherzigkeit erklären, mit der die beiden Konfliktpartner am 15. Juli einander zu bekämpfen begannen: Reiterattacken, Säbel, Pistolen- und schließlich Gewehrschüsse einerseits – Steine, Holzlatten, Eisenteile und vereinzelt Pistolenschüsse andererseits. Während innerhalb des Polizeipersonals – absichtlich hervorgerufen oder unabsichtlich – wüste Gerüchte über erschossene oder gelynchte Kameraden im Umlauf waren, wurde der erste Polizist erst am Nachmittag vor dem Parlamentsgebäude durch einen Herzschuss getötet. Es war ein

Kriminalbeamter in Zivil,<sup>52</sup> Ferdinand Striegel, der allem Anschein nach selbst Opfer der Polizeisalven geworden ist, aber nichtsdestoweniger unter die von den Demonstranten Getöteten gezählt wurde. Erst am Abend des 15. und am 16. Juli kamen drei Polizisten tatsächlich durch Demonstranten zu Tode. (Ein Bundesheerangehöriger wurde ebenfalls am 15. Juli durch Schüsse der Polizei getötet und oft als fünftes Todesopfer auf der Regierungsseite gezählt.)

So brutal die Polizisten auch geschlagen, verletzt, gehetzt und gedemütigt wurden, bei der gegen die Polizei gerichteten Gewalt scheint es eine deutliche Hemmschwelle zu töten gegeben zu haben, die bremsend gewirkt hat. Vorzugsweise wurden ihnen die Säbel abgenommen, verbogen oder gebrochen, die Uniformjacken ausgezogen und die Kappen vom Kopf gerissen. Als Trophäen oder Menetekel wurden diese Symbole einer gedemütigten Staatsmacht auf Straßenlaternen aufgehängt (wie auf Bild 9 erkennbar). Die Erinnerung an die Lynchung des Kriegsministers Theodor Graf Baillet von Latour während der Oktoberrevolution 1848 war noch lebendig in Wien. So kursierte im Jahr 1924 unter linken Jugendlichen ein fast 80 Jahre altes drohendes Spottlied, das damals auf Seipel aktualisiert wurde: „Auf jede Gaslatern, auf jede Gaslatern, da hängt man jetzt hinauf ein Herrn [...]“.<sup>53</sup>

Besondere Ironie zeigten wütende Hernalser Demonstranten, die in der Nacht auf den 16. Juli eine Polizeiwachstube im 17. Bezirk besetzten und über deren Eingang eine Polizistenuniform anbrachten, auf der ein „Mensch ärgere dich nicht“-Spielbrett, das wohl zum Zeitvertreib der Wachleute gehört hatte, befestigt war.

#### 6.4 Brand des Justizpalastes

Vor dem Haupttor des Justizpalastes, auf das sich die Angriffe der Demonstranten hauptsächlich richteten, war nach 11 Uhr, wie schon beschrieben (vgl. Bild 8), eine kleine Schutzbundabteilung aufgezo-gen, die versuchte, die Demonstranten zurückzuhalten. Denn nun hatten auch sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre erkannt, dass ohne Aufgebot des Republikanischen Schutzbundes die Lage nicht mehr zu retten war; dennoch mobilisierte der sozialdemokratische Parteivorstand die paramilitärische Ordnerorganisation immer noch lediglich zögernd und stufenweise.<sup>54</sup> Nun war es aber zu spät, da sich viele Schutzbündler schon den Demonstranten angeschlossen hatten und die wenigen, die sich zum Einsatz meldeten, erst allmählich an den neuralgischen Punkten zusammengezogen werden konnten. Dazu kam, dass die Schutzbündler gegen die Demonstranten, in denen sie ihre Genossen und Arbeitskollegen sahen, oft nicht allzu energisch voringen. So war es auch nicht überraschend, dass die sozialdemokratischen Ordner vor dem Justizpalast, als sie ebenfalls von der Menge angegriffen wurden, sich in das Gebäude zurückzogen und auch hier, ebenso wie die Sicherheitswache, nicht mehr lange

<sup>52</sup> Ausschreitungen in Wien am 15. und 16. Juli 1927, Pr. Z. IV-1-766 (Manuskript des Weißbuches), S. 46, Archiv der Bundespolizeidirektion Wien; siehe auch: Sechzig Jahre Wiener Sicherheitswache. Ein Gedenkbuch, verfaßt im Auftrage des Polizeipräsidenten und Bundeskanzlers a. D. Schober vom Zentralinspektorat der Wiener Sicherheitswache, Wien 1929, S. 276.

<sup>53</sup> Siehe: Botz, Gewalt, S. 121.

<sup>54</sup> Haas, Sozialdemokraten, S. 139 f.

imstande waren, die Demonstranten am Eindringen zu hindern. (Der weitere Ablauf muss hier auf das Allernotwendigste verkürzt werden.)

Etwa um 12.15 Uhr stiegen Demonstranten auch durch die Fenster in den Justizpalast ein (vgl. Bild 10). Auch eine „gut gekleidete“ Frau ist in einem Parterrefenster zu sehen, eine der wenigen Fotografien, die eine bei den Ausschreitungen aktive Teilnehmerin zeigt. Das Gros der Demonstranten scheint eher neugierig zusehend denn aggressiv zu sein. Das Sozialprofil der Menge ist breit gestreut; Arbeiter mittleren Alters stehen neben Mittelschichtangehörigen, die als solche an ihrer Kleidung erkennbar sind, einzelne Frauen und junge Männer befinden sich darunter. Es handelt sich hier nicht um den von der bürgerlichen Seite gefürchteten „Pöbel“, sondern offensichtlich meist um „ganz normale“ Leute aus Betrieben und von der Straße, sodass man das Verhalten dieser Demonstranten nur im Sinne eines Ausnahmezustands deuten kann.

Im Gebäude zerschlugen sie die Büroeinrichtung und warfen sie zusammen mit Akten, Talaren, Bildern u. dgl. auf die Straße. Angeblich wurde unter dem Johlen der Menge auch ein Kaiserbild aus dem Fenster geworfen (vgl. Bild 11).

Zunächst wurden die im Freien angehäuften Gegenstände angezündet, es hieß: „Die Akten verbrennen!“ Dann verbreiteten sich Parolen wie „Wir zünden den Justizpalast an!“ Brennende Gegenstände wurden – vor allem an der gegenüber liegenden Nordwest-Seite des Justizpalastes – wieder ins Gebäude geworfen, Mobiliar und Papier wurden an Türen und Fenstern und bald in den Zimmern direkt in Brand gesetzt. Um 12.28 Uhr wurde die Feuerwehr von Bränden im Justizpalast verständigt.

Als die Löschzüge vorfahren wollten, wich jedoch die Menge nicht zurück, zerschchnitt die Schläuche, blockierte die Löscharbeiten und zwang die Feuerwehrleute zur Untätigkeit. Wirksame Löscharbeiten konnten vorerst nicht beginnen. Auch Seitz und Deutsch gelang es nicht, der Feuerwehr Spielraum beim Justizpalast zu schaffen. Dagegen war es der Feuerwehr beim Wachzimmer Lichtenfelsgasse unter Mithilfe des Schutzbundes möglich geworden, durch rechtzeitiges Eingreifen größeren Schaden zu verhindern und den Brand zu löschen, bevor er auf das ganze Haus übergriff (vgl. oben, Bild 9).

Auch das „Reichspost“-Gebäude in der Strozzigasse wurde von Demonstranten um 13 Uhr durch eine Demonstrantengruppe, die sich vom Justizpalast hierher begab, gestürmt, zum Teil verwüstet und in Brand gesteckt. Hier jedoch gelang es der Feuerwehr selbst, die Menschenmenge, die sich ihr entgegenstellte, dazu zu bewegen, die Löschfahrzeuge durchzulassen und die Feuerwehrmänner nicht allzu sehr zu behindern. Nach kurzer Zeit wurde der Brand unter Kontrolle gebracht und schließlich gelöscht.<sup>55</sup>

Der Brand im Justizpalast breitete sich dagegen ungebrems aus und erfasste zunächst vor allem die nordwestlichen Teile des Gebäudes bis zum Dach. Etwa um ein Uhr nachmittags bot sich von der Ringstraße beim Parlament ein Bild auf den entstehenden Brand (vgl. Bild 12), den herumstehende Zuseher oder Demonstran-

---

<sup>55</sup> Weißbuch, S. 155 f.; Bericht über die Tätigkeit und Verwaltung der Feuerwehr der Stadt Wien vom 1. Jänner 1920 bis 31. Dezember 1929, Wien 1930, S. 218; Reichspost, 18. Juli 1927, S. 4.

ten, hier überwiegend Arbeiter, beobachteten und dabei wohl auch die Ereignisse des Vormittags besprachen.

Um diese Zeit hatte das Feuer noch keineswegs jenes Ausmaß angenommen, das es am Nachmittag und in den frühen Abendstunden in einer spektakulären Weise erreichte. Erst diesem fiel schließlich der Großteil des Gebäudes mit seiner Einrichtung, seinen Akten, Teilen des Wiener Grundbuchs und Archivbeständen zum Opfer. Die Feuerwehr war, obwohl sie ab 14 Uhr allmählich zu arbeiten beginnen konnte, faktisch machtlos. Der nun auch weithin sichtbare Brand zog jetzt immer mehr Menschen, nun eher Zuseher denn Demonstranten, aus der ganzen Stadt an, die die Löschaktionen weiter behinderten und ebenfalls Opfer der Polizeischüsse werden sollten.

Die im brennenden Justizpalast eingeschlossenen Richter, Beamten und Polizisten wurden unterdessen alle in Sicherheit gebracht. Dabei wurden einige Polizisten, die an ihren Uniformen erkannt wurden, von der Menge geschlagen und zum Teil erheblich verletzt. Der größte Teil der Wachleute aber hatte als Zivilisten verkleidet oder als Verletzte getarnt unbehelligt die Menschenmassen rund um den Justizpalast passiert. Eine Einheit des Republikanischen Schutzbundes und Theodor Körner, der als technischer Berater der Schutzbund-Zentralleitung angehörte, waren im Gebäude anwesend, konnten zwar die darin agierenden Demonstranten nicht von ihrem Tun abbringen, trugen aber, unbeschadet der politischen und sozialen Stellung von Hilfsbedürftigen, zu deren Rettung bei. Sie sollen so manche Eingeschlossene vor der Lynchung oder vor dem Verbrennungstod gerettet haben und zwar ohne Gewaltanwendung.<sup>56</sup>

## 6.5 Die Demonstranten vor und während der Brand-Euphorie

Am frühen Nachmittag schien es, als hätte die Polizei den Demonstranten das Parlamentsviertel endgültig überlassen. Die Menschenmenge – Demonstranten wie Zuschauer – scheint nun, Augenzeugen zufolge, ein Hochgefühl der Genugtuung und des Sieges, vielleicht auch eine gewisse Ratlosigkeit erfasst zu haben, eine Massen-Euphorie, die Elias Canetti als revolutionäre Begeisterung deutete oder missverstanden, jedenfalls fasziniert beobachtete und meisterhaft beschrieb.<sup>57</sup> Aufgrund von Zeitzeugenerzählungen<sup>58</sup> noch in den 1960er Jahren, von Fotografien und schriftlichen Quellen habe ich den Eindruck über diese Phase der Ereignisse in Kenntnis von Canettis „Masse und Macht“<sup>59</sup> zusammengefasst: „Man fühlte sich als Herr der Straße und promenierte in kleinen Gruppen oder einzeln in einem Gefühl revolutionärer Hochstimmung von einem Schauplatz des Geschehens zum anderen. Zu sehen gab es genug, die Zeit verging und nur wenige mochten wohl gedacht haben, wie es an diesem Tag und an den folgenden weitergehen würde.“<sup>60</sup> Auf Bild 13 ist die Situation festgehalten, wie sie gegen halb 2 Uhr nachmittags an der Kreu-

<sup>56</sup> Weißbuch, S. 22, 108ff.; 116; 128 f.; Eric C. Kollman: Theodor Körner. Militär und Politik, Wien 1973, S. 198 f.

<sup>57</sup> Elias Canetti: Die Fackel im Ohr. Lebensgeschichte 1921–1931, Frankfurt/M. 1982, S. 235.

<sup>58</sup> Vor allem Befragungen von Josef Toch und Dr. Hans Pablé durch mich im Jahre 1965.

<sup>59</sup> Elias Canetti: Masse und Macht, 2 Bde., München (1969).

<sup>60</sup> Botz, Beiträge, Bd. 2, S. 397.

zung Stadiongasse / Reichsratsstraße mit Blick durch diese, am Parlamentsgebäude vorbei, auf den von Rauch schon fast verhüllten Justizpalast bestand. Auf der Straße sind auch Teile einer Barrikade (aus Pflastersteinen) zu sehen, wie sie auch an nicht wenigen anderen „strategischen“ Orten der Umgebung von den Demonstranten bei ihrem Kampf mit der Polizei errichtet worden waren. (Nach der Niederwerfung der Unruhen wurden solche Barrikaden mit einem geradezu voyeuristischen Blick noch vielfach fotografiert und, den einen zum Gruseln und zur Verängstigung, und den anderen zur Heroisierung des „Aufstandes“, in Printmedien vorgehalten.<sup>61</sup>)

Wer waren nun die Menschen, die am 15. Juli 1927 auf den Straßen Wiens waren? Dabei wird man stärker als bisher nach Zeitpunkten, Orten und Phasen der Ereignisse, als es hier schon geschehen kann, unterscheiden müssen. Jedenfalls sollten auch die Demonstranten am frühen Vormittag von den Aktivisten bei den Ausschreitungen und Übergriffen auf die Gebäude am späteren Vormittag unterschieden werden. Die ab Mittag ins Stadtzentrum strömenden Neugierigen und „Feuerschauer“ insgesamt waren eine ganz andere „Masse“, und die Gruppen und Menschenansammlungen, die sich ab dem späten Nachmittag und am nächsten Tag in einzelnen Straßenzügen, Häuserblöcken und innerhalb von Häusern bildeten und sich oft in heftigen Streit und in tätliche Konfrontation mit politischen Gegnern oder mit der Polizei verwickelten, waren wiederum andere Wiener und Wienerinnen. Auch die noch zu zitierenden Analyseergebnisse aus den Personalangaben zu den Getöteten und Verwundeten und den Angeklagten sind grundsätzlich nur begrenzt auf die Gesamtheit der „Demonstrierenden“ übertragbar.<sup>62</sup> Die schriftlichen Quellen dazu sind uneinheitlich, aber die fotografischen Aufnahmen geben gewisse Anhaltspunkte zu einer Bestimmung der Sozial- und Altersstruktur der Demonstranten.

Trotz der beginnenden Hitze eines Sommertages tragen die meisten Personen auf den Fotos noch am späten Vormittag relativ „warme“ Kleidung mit Sakkos und Kopfbedeckungen, was sie sozial-klassenmäßig deutlicher unterscheidbar macht. Denn in Wien bestand damals, allerdings bis heute nicht systematisch untersucht, noch eine markante ungeschriebene soziale Kleiderordnung, wie sie auch von Westeuropa bekannt ist.<sup>63</sup> Die „Kragenlinie“ markierte die scharfe gesellschaftliche Linie, die die Angehörigen der Arbeiterklasse von den „bürgerlichen“ Klassen selbst im Alltagsleben sichtbar trennte. Die „blue-collar workers“ waren an dunklen Hemden, Joppen und Arbeitshosen – meist wohl abgetragene alte Kleider – als manuell Arbeitende erkennbar, die noch oft die „klassische“ Arbeiterkappe trugen. Sie kontrastierten zu den „white-collar workers“, den Angestellten, die von ihren Dienstgebern verpflichtet wurden, weiße Hemden, meist mit Krawatte und dunklem

---

<sup>61</sup> Siehe Andreas Primes: Die Verwendung von Bildern des ‚15. Juli‘ in der Presse, (unveröffentl. Seminararbeit eines von Heinrich Berger, Regina Fritz und mir am Institut für Zeitgeschichte der Univ. Wien durchgeführten Forschungsseminars im Wintersemester 2006/07, in Hinkunft werden Arbeiten daraus zit. als Forschungsseminararbeit 2006/07).

<sup>62</sup> Differenzierte Analysen siehe bei: Martina Juliane Novotny: Die Prozesse gegen die Beteiligten an den Demonstrationen vom 15. Juli 1927; und: Ilse Klausner: Gerichtsprozesse gegen die Demonstranten (sozialstrukturelle Faktoren), (Forschungs-Seminararbeiten 2006/07).

<sup>63</sup> Jürgen Kocka: Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie, Göttingen 1977, S. 11; Gregory Anderson: Angestellte in England 1850-1914, in: Jürgen Kocka (Hg.): Angestellte im europäischen Vergleich, Göttingen, 1981, S. 59-73.

Anzug zu tragen (vgl. vor allem Bilder 2 bis 5). Vom Äußeren her dürften auch Beamte von den Privatangestellten nicht unterscheidbar sein, vor dem Justizpalast sind allerdings auch Personen abgebildet, denen man an der distinguierten Körperhaltung und der „guten Kleidung“ fast ansieht, dass es sich um Rechtsanwälte und andere „Akademiker“ handeln könnte, die bei Gericht zu tun (gehabt) hatten und das Geschehen zusammen mit anderen sozial und wirtschaftlich „Bessergestellten“ beobachteten.<sup>64</sup>

Am Vormittag waren es Männer mittleren Alters, wohl überwiegend Wiener Industriearbeiter oder Arbeiter in Gemeindebetrieben und öffentlich Bedienstete, letztere, wenn sie etwa Straßenbahner oder E-Werksangestellte waren, an ihren Uniformen erkennbar; dies geht aus der Adjustierung vieler Demonstranten (vgl. Bild 1) auf der Ringstraße, vor dem Parlamentsgebäude, beim Justizpalast und in dessen Umgebung hervor. Unter den Menschen auf der Straße waren nur wenige Frauen, zum überwiegenden Teil „Proletarierinnen“ oder Hausbedienstete in Arbeitskleidung. Nur ausnahmsweise ist eine Frau erkennbar, die sich direkt an den Attacken (wie in Bild 10) beteiligt, obwohl das von Sexualängsten geprägte Bild der aufhetzenden und anführenden, „hysterischen“ Frau zu einem gängigen Topos der bürgerlichen Berichterstattung wurde. Auch nach 12 Uhr war die Zusammensetzung der Menschenmenge ähnlich (siehe Bild 12), als sich unter den Demonstranten, die den Platz siegreich gegen die Polizei behauptet hatten, und den Zuschauern die beschriebene Euphorie verbreitete. Auch jüngere Frauen, die, nach ihrer Kleidung zu schließen, Büroangestellte und Sekretärinnen sein mussten, sogar sommerlich elegant gekleidete Damen in Begleitung von jungen Herren scheinen nun unter die Menge geraten zu sein, die keinerlei „Klassenhass“ solchen „besser Gestellten“ gegenüber zu erkennen gibt; sie beobachteten die Kampfszenen mit der Polizei und später den Brand aus der Ferne, manchmal fast wie in guter Laune (vgl. Bild 13).

Tab. 1: Soziale Gliederung der „Juli-Demonstranten“ im Vergleich mit den Berufstätigen und den sozialdemokratischen Parteimitgliedern in Wien

	Berufstätige	SP-Mitglieder	analysierte „Juli-Demonstranten“	
	1934 in %	1930 in %	absolut	in %
Hilfsarbeiter	54,5	65,4	76	28
Alle Arbeiter				
Qualifizierte Arbeiter			128	47
Angestellte, Beamte	25,6	24,8	57	21
Selbstständige	17,5	7,1	10	3
Sonstige	2,4	2,7	3	1
Zusammen in %	100	100		100
Zusammen absolut	945.233	344.768	274	

Nach: Gerhard Botz: Krisenzonen einer Demokratie, Frankfurt/ M. 1987, S. 79 (hier auch Quellenangaben und Spezifikationen zu den Sozialgruppen).

<sup>64</sup> Vgl. Andrea Romstorfer: Habitus und Bekleidungstraditionen, Möglichkeiten historischer Bildanalysen (Forschungs-Seminararbeit 2006/07, Institut für Zeitgeschichte, Univ. Wien).

Objektivierbar sind diese Interpretationen der Kleidung und des Habitus der Demonstranten auf den Fotos nicht nur durch schriftliche Quellen, sondern auch anhand der Berufs- und Wohnangaben der später Verletzten und Getöteten, die ich 1977 sozialstatistisch und altersmäßig ausgewertet habe.<sup>65</sup> (Zur Sozialstruktur siehe die Tabelle 1.)

Aus der sozialen Zusammensetzung der verletzten, getöteten und wegen diverser Delikte später angeklagten Zivilisten können mit aller Vorsicht auch bezüglich der Struktur der Demonstranten dieses Tages, so sehr sie zeitlich und räumlich variierte, Schlüsse gezogen werden: die Menschenmenge im Parlamentsviertel am Vormittag und um die Mittagszeit bestand hauptsächlich aus jenen sozialen Schichten, auf die sich die Wiener Sozialdemokratie traditionellerweise stützte: Facharbeiter und ungelernte Arbeiter in Großbetrieben, aber in einem geringeren Ausmaß auch Angestellte und öffentlich Bedienstete der Stadtverwaltung; sie wohnten meist in den „roten Hochburgen“ Favoriten, Ottakring und Hernals, aber auch in den Bezirken Fünfhaus und Landstraße, generell überwiegend in Bezirken außerhalb des Gürtels, nicht aber in der „Vorstadt“ jenseits der Vorortelinie. Erst recht nicht waren es die vom damaligen AZ-Journalisten und späteren Kommunisten Ernst Fischer sozialromantisch beschriebenen „linksradikalen“ oder „jüdischen Typen“: „Hager, die Mütze tief ins Gesicht gezogen, mit großer schiefer Nase,“ ein Stereotyp vom „bolschewistischen Revolutionär“, das eher von der antisemitischen Rechten verbreitet wurde.<sup>66</sup>

Überwiegend waren es Männer, kaum fünf Prozent der Getöteten und Verletzten oder der wegen bei den Unruhen begangenen Delikten Angeklagten waren weiblich. Auch aus den Fotos geht hervor, dass die Rolle der Frauen am 15. Juli nicht so bedeutend und aufhetzend gewesen sein kann, wie manche männliche Augenzeugen gesehen zu haben meinten; Auszählungen der Abgebildeten ergaben schätzungsweise 10 bis 30 Prozent Frauen.<sup>67</sup> In einzelnen Fällen waren allerdings Frauen stärker beteiligt, wenn in eng begrenzten lokalen Wohnmilieus oder Stadthäusern Sympathisanten der „Linken“ (Todesopfer und Teilnehmer der Demonstrationen) mit Verteidigern der Polizei und der „bürgerlichen Seite“ in Streit gerieten.<sup>68</sup>

Dagegen war klar, dass die jüngeren Altersgruppen als die Aktivsten dominierten, weniger zu Beginn als im weiteren Verlauf der Unruhen und dabei stärker als Ältere an Gewaltanwendungen beteiligt waren. Insgesamt waren die Anteile der Zwanzigjährigen und der Unter-Zwanzigjährigen zwei- bzw. dreimal größer als in der gesamten Wiener Bevölkerung. Insofern hatte die Demonstration des 15. Juli auch etwas von einem Jugendprotest an sich.

---

<sup>65</sup> Siehe Botz, „Juli-Demonstranten“, S. 20–29.

<sup>66</sup> Zit. nach Maderthaner / Musner, *Aufstand*, S. 33.

<sup>67</sup> Rosemarie Burgstaller: *Geschlechterproportionen und Alter der „15. Juli-DemonstrantInnen“* (Forschungs-Seminararbeit 2006/07, Kopie im Archiv des Ludwig Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft).

<sup>68</sup> Ebd.

## 6.6 Gewehrsalven der Polizei

Ein Ring von Demonstranten und Schaulustigen umgab am frühen Nachmittag den brennenden Justizpalast von allen Seiten. Doch die Feuerwehr arbeitete sich langsam durch die Menge vor, vom Volkstheater her kam sie gegen 13.45 Uhr nahe an das Gebäude heran, musste jedoch wieder zurückfahren.

Während sich bis etwa ein Uhr mittags diese Vorgänge auf den Straßen abspielten, war auch die Regierung nicht untätig geblieben. Kurz nach 10 Uhr fand am Ballhausplatz eine Ministerbesprechung statt, an der unter anderen auch Seipel und Vizekanzler Karl Hartleb, der dem Landbund angehörte und auch die Agenden des Innenministers übernommen hatte, teilnahmen. Bald darauf stellte Polizeipräsident Johannes Schober an den Wiener Bürgermeister Seitz in dessen Funktion als Landeshauptmann telephonisch ein Ansuchen um Bereitstellung des Bundesheeres, da die Polizei völlig unzureichend gerüstet war. Seitz lehnte ab. Obwohl der Bundesheereinsatz nach den gesetzlichen Bestimmungen auch ohne Zustimmung des Landeshauptmanns möglich gewesen wäre, unterblieb er bis zum Abend dieses Tages. Möglicherweise hielt die Regierung die Wiener Soldaten nicht für so verlässlich, dass sie ohne Unterstützung durch die Sozialdemokratie ihren Einsatz gewagt hätte. Der Polizeipräsident versuchte nun, vom Bundesheer bessere Bewaffnung für seine Einheiten zu erhalten. Der dafür zuständige Minister, Carl Vaugoin, scheint jedoch unerwarteterweise ebenfalls Schwierigkeiten gemacht zu haben. Die Hintergründe dafür können in der machtpolitischen Rivalität der beiden Politiker aus unterschiedlichen, obzwar in der Regierung zusammenarbeitenden Parteien vermutet werden. Erst nach einiger Zeit gelang es Schober durch Intervention Seipels, mehrere hundert Wachleute und Polizeischüler mit Bundesheer-Karabinern auszurüsten.<sup>69</sup> Diese jungen, noch nicht fertig ausgebildeten Polizisten stammten meist aus ländlichen Gebieten Niederösterreichs und galten als „antimarxistisch“, in Gegensatz zu dem aus Wien kommenden Personal der älteren Sicherheitswachebeamten, die mehrheitlich sozialdemokratisch wählten, sich jedoch während und nach dem 15. Juli 1927 als weitgehend Regierungs- und Schober-treu erwiesen.

Als diese bewaffneten Einheiten schon bereit standen, kündigte Schober dem im Parlamentsgebäude weilenden Seitz an, er werde scharf schießen lassen, wenn die Menge weiterhin die Feuerwehr vom Justizpalast abhalte. Seitz versuchte daraufhin selbst, einem Löschzug die Weiterfahrt zu ermöglichen. Er wurde aber von der Menschenmenge, die jetzt teilweise unter kommunistischem Einfluss stand, beschimpft und sogar tätlich angegriffen, so dass er resigniert aufgeben musste. Im sozialdemokratischen Parteivorstand, wo Seitz, der auch Vorsitzender der SDAP war, über seine ständigen Verhandlungen mit der Polizeidirektion und seine Versuche berichtete, die Polizei vom Einsatz ihrer brutalsten Mittel zurückzuhalten, gestand er einige Tage später, „er sei schließlich selbst im Schwanken gewesen, ob nicht geschossen werden müsse, und zwar zu dem Zeitpunkt, als sich der Schutz-

---

<sup>69</sup> Befragung Karl Hartlebs am 24. und 25. September 1961 durch Ludwig Jedlicka, Tonbandaufnahme und Transkript im Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien; Amtliche Darstellung, Reichspost, 18. 7. 1927, S. 5.



bund zurückziehen musste“.<sup>70</sup> Während Julius Deutsch gemeinsam mit seinen Schutzbündlern diese Versuche fortsetzte und angeblich schließlich tatsächlich einen Löschzug zum brennenden Justizpalast durchbringen konnte, marschierten mit Karabinern bewaffnete Polizeieinheiten zum Schmerlingplatz.<sup>71</sup>

Gegen 14 Uhr begann die Polizei, durch Schüsse den Platz um den Justizpalast zu „räumen [...] Ein Augenzeuge berichtete davon in der „Neuen Freien Presse“: „Wahrheit ist, daß die Abteilung geschlossen fest in der Hand des Führers vorging und zuerst nur in die freie Höhe feuerte. Dann allerdings, als der Pöbel, durch die Rücksicht sicher geworden, eine herausfordernde Haltung einnahm und höhnisch johlte, gab es wohl scharfe Schüsse und damit auch Verletzte.“<sup>72</sup> Wir müssen ergänzen: und viele Tote.

Die Polizeieinheiten, von den Ereignissen am Vormittag verbittert und wohl auch mit Angst erfüllt, „säuberten“ ohne große Rücksichtnahme auf Menschenleben die Umgebung des Justizpalastes. Jedoch verwendeten sie dabei nicht Dum-Dum-Geschoße, wie manchmal behauptet wurde, sondern auch – irrtümlich ausgegebene – Scheibenschießmunition, die nicht weniger schreckliche Verletzungen der Betroffenen verursachte. In einer chaotischen und unkoordinierten Weise wurde so das ganze Viertel „geräumt“ und die Menschen flüchteten in Panik (vgl. Bild 14).

Hinter oder neben den Polizeieinheiten, deren Zahl nicht ausreichte, eine großräumige Absperrung vorzunehmen, strömte die Masse jedoch wieder zurück, drückte durch steigende Erregung ihren Unmut aus und behinderte auch die Feuerwehr immer wieder. So gerieten viele Demonstranten und Zuschauer ins Kreuzfeuer der Polizei. Eine Wochenschau-Filmaufnahme von der Straße zwischen Café Raimund und Volkstheater zeigt, wie Menschen, die hinter einer Hausecke Schutz vor einer in der Volksgartenstraße postierten Polizistenkette suchten, plötzlich zu laufen begannen und einige von ihnen niederstürzten; sie waren offensichtlich ins Schussfeld einer anderen Polizeieinheit, die von der Museumstraße anrückte, geraten. Einige Dutzend Menschen wurden in der unmittelbaren Umgebung des Justizpalastes durch solche Gewehr-Salven getötet, Hunderte verletzt, während die Polizei bis dahin nur Verletzte, noch keinen Getöteten zu verzeichnen hatte.

Otto Bauer, der vom Parlamentsgebäude aus die Vorgänge beobachtete, berichtete darüber in der Nationalratssitzung am 26. Juli 1927:

Da geht nun eine Abteilung vor, ich habe sie gehen gesehen, das Gewehr in der Hand, Leute, die zum großen Teil nicht schießen gelernt haben – sie stützten den Kolben auch beim Schießen auf dem Bauch auf, sie schossen links und rechts auf die Seite –, sie gehen, und wenn sie Menschen sehen, eine kleine Gruppe vor dem

<sup>70</sup> Notizen [Adolf Schärfs] über den 15. Juli 1927, Protokolle über die Sitzungen des Parteivorstandes gemeinsam abgehalten mit der Gewerkschaftskommission und dem Vorstand des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte für die Sitzungen vom 16. bis 19. Juli 1927, S. 6 (maschinenschriftliche Übertragung Schärfs; der erste Teil dieses Satzes ist gestrichen und von Seitz handschriftlich abgeändert in „Sehr schwer sei das gewesen in dem Zeitpunkt“), Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien.

<sup>71</sup> Die Stunde, Wien, 19. Juli 1927, S. 3; Weißbuch, S. 139; Otto Bauer: Der blutige 15. Juli. Rede gehalten im Nationalrat in der Sitzung am 26. Juli 1927, Wien 1927, S. 13 f.; Deutsch, Weg, S. 168.

<sup>72</sup> Neue Freie Presse, Morgenblatt, 19. Juli 1927, S. 1.

Stadtschulratsgebäude, eine größere Gruppe gegenüber dem Parlament, dann schossen sie. Der Menschen bemächtigte sich eine wahnsinnige Angst; sie hatten zum großen Teile die Abteilung gar nicht gesehen. Man sah die Leute in blinder Angst davonlaufen, und die Wachleute schießen den Laufenden nach.<sup>73</sup>

Selbst der offiziell verantwortliche Innenminister und Vizekanzler Karl Hartleb, erinnerte sich: „Natürlich, fallweise hats ausgeschaut wie eine Hasenjagd.“<sup>74</sup>

Unbegreiflich ist dieses brutale Polizei-Vorgehen, nicht nur für jenen einzelnen Schutzbündler, der die Polizisten auf dem Schmerlingplatz an der Einmündung der Lerchenfelderstraße durch eine drastische Geste auf ihr Tun aufmerksam zu machen sucht (vgl. Bild 15).

Anfangs planlos, erfolgten die Räumungsaktionen der Polizei schließlich doch systematisch in der Weise, dass sie begann, die Menge der Demonstranten und Neugierigen immer weiter in die Außenbezirke abzudrängen. Noch wiederholt wurde von den Wachleuten scharf geschossen, immer noch stieg die Zahl der getöteten und schwer verletzten Zivilisten. Auch abseits Stehende und der erwähnte Kriminalbeamte Striegel wurden im Viertel um das Parlament und den Justizpalast durch die Salven der Polizei getötet. Erst in der Nacht und am 16. Juli wurden in Wien drei Wachbeamte durch Schüsse von Demonstranten bzw. deren Sympathisanten getötet, während die Zahl der durch die Polizei erschossenen Demonstranten und Unbeteiligten auf insgesamt 85 anstieg.

Die Empörung in der Wiener Arbeiterschaft näherte sich dem Siedepunkt, manche glaubten, eine „revolutionäre Situation“ sei im Entstehen. Kommunisten, Linksradikale und Teile des Schutzbundes verlangten von dessen Führung die Ausgabe von Waffen. Die sozialdemokratische Parteileitung lehnte dies konsequent ab und erkannte nun den vollen Ernst der Lage – zwischen Bürgerkrieg auf der einen und Verlust der Loyalität vieler ihrer Anhänger auf der anderen Seite. Um auf die eigenen Leute wieder Einfluss zu erlangen, proklamierte sie einen eintägigen Generalstreik und einen unbefristeten Verkehrsstreik. Dadurch wollte sie die Massen von der Straße wegbringen und beruhigen, was tatsächlich gelang; zugleich versuchte man, Druck auf die Regierung Seipel auszuüben und, wenn nicht deren Rücktritt, so doch eine bedauernde Erklärung für das Polizeimassaker zu erreichen. Selbst letzteres gelang nicht. Der christlich-soziale Priester-Kanzler, der, wie aus den Ministerratsprotokollen hervorgeht, intern ein gewisses Verständnis für die Lage der Sozialdemokratie gezeigt hatte, war nur zu geringen Konzessionen bereit, nach außen blieb er unnachgiebig. Vor dem Parlament und an anderen öffentlichen Gebäuden, selbst bei Wohnhäusern, in denen Polizisten mit ihren Familien wohnten, marschierten Bundesheereinheiten auf, die auch mit Maschinengewehren bewaffnet waren, auf, und sicherten diese Objekte. Auch größere Einheiten des Schutzbundes wurden um das Parlament zusammengezogen, um beruhigend zu wirken.

In Wien und im übrigen Land kam es nach dem 16. Juli nur vereinzelt zu begrenzten Demonstrationen, Unruhen und Schießereien, die sozialdemokratische Strategie ging also auf. In Wien wurden Autos angehalten, am Gürtel versuchte

<sup>73</sup> Bauer, 15. Juli, S. 16 (auch: Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates (III. Gesetzgebungsperiode) der Republik Österreich, 1. Bd., Wien 1927, S. 141).

<sup>74</sup> Befragung Hartlebs, a. a. O.

man noch eine Barrikade zu bauen, doch dies wurde nun durch sozialdemokratische Funktionäre unterbunden. Der Generalstreik am 16. Juli wurde landesweit im Wesentlichen eingehalten, es war ja auch ein Samstag, an dem üblicherweise nur halbtags gearbeitet wurde. Auch der Verkehrstreik am 17. und 18. Juli war in manchen Teilen Österreichs, vor allem in Wien und in den niederösterreichischen und steirischen Industriegebieten erfolgreich. In den westlichen und südlichen Bundesländern, wo die politischen Mehrheitsverhältnisse ganz anders als in der Bundeshauptstadt waren, wurde der Verkehrstreik, wenn er überhaupt begonnen wurde, bald abgebrochen. Hier waren christlichsoziale und andere „antimarxistische“ Gewerkschaftler als Streikbrecher eingesetzt und die Heimwehr, unterstützt von Nationalsozialisten und „Frontkämpfern“, war vor allem in der Steiermark, in Vorarlberg und in Tirol drohend aufmarschiert. Damit erhielt die politische Gegenbewegung der bürgerlichen Seite und der faschistischen Strömungen verstärkten Auftrieb.

---

## 7. Innenpolitische Folgen

---

Mit dem 15. Juli 1927 wurde offenkundig, dass in der österreichischen Innenpolitik eine Machtverschiebung eingetreten war: die sozialdemokratische Waffe des Streiks begann, vor allem angesichts von der ansteigenden Arbeitslosigkeit, stumpf zu werden, die Drohung des „Linzer Parteiprogramms“, mit den „Mitteln der (Mehrheits-) Diktatur“ die Demokratie gegen die politische Rechte zu verteidigen oder durchzusetzen wurde – demagogisch – nun mit dem „15. Juli 1927“ verknüpft, der von der extremen Rechten und großen Teilen des Bürgertums als „roter Umsturzversuch“ und Schreckgespenst aufgebaut wurde. Die österreichische Sozialdemokratie musste einsehen, dass der Staat nicht mehr der ihre war und igelte sich umso stärker in ihrem „Lager“ und im „Roten Wien“ ein. Das „antimarxistische Lager“ wandte sich zunehmend zunächst den heimwehfaschistischen Strömungen zu und bereitete sich vor, durch eine ordnungsstaatliche und autoritäre Politik die verbleibenden politischen Bastionen der Sozialdemokratie zu brechen, bevor sie 1932/33 von der noch radikaleren nationalsozialistischen Bewegung selbst bedroht wurde.

Der Sieg der Regierungsseite bedeutete natürlicherweise eine starke Hebung ihres Ansehens. Seipel galt nun im Bürgertum nach seiner Sanierung der Finanzen Österreichs im Jahre 1922 ein zweites Mal als „Retter des Vaterlandes“. Auch der Wiener Polizeipräsident, Schober, profitierte politisch vom Ruf des „starken Manns“. Zwar hielt sich Seipel zunächst noch an seine formelle Zusage, die er während des Höhepunktes der Krise einer sozialdemokratischen Parteidelegation gegenüber gemacht hatte, den 15. Juli 1927 nicht zum Angriff auf die sozialpolitischen Errungenschaften der Ersten Republik auszunützen. Aber er wollte sich nicht mehr mit Halbheiten und Kompromissen abgeben. Sein langfristiges Konzept war die politische und soziale Entmachtung der sozialdemokratischen Arbeiterbewe-

gung, auch und gerade um den Preis der Einschränkung, wenn nicht sogar der Beseitigung der Demokratie.<sup>75</sup>

Eine parlamentarische Untersuchung des Vorgehens der Polizei, die von der sozialdemokratischen Partei verlangt wurde, lehnte er ebenso ab wie eine Amnestie all jener, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Strafuntersuchungen verhaftet worden waren. Die nun anlaufende Denunziations- und Verhaftungswelle erfasste gegen 1.400 Menschen, von denen mehr als die Hälfte aber als unschuldig wieder entlassen werden musste. Von September bis Ende 1927 rollten die Gerichtsverhandlungen ab. Es ist eine merkwürdige Ironie auf Seipels Strenge in seiner bekannten Parlamentsrede, dass die 31 wegen schwerer Delikte Angeklagten von den Geschworenengerichten freigesprochen, die leichteren Vergehen aber vor Berufsrichtern durchgehend „ohne Milde“ geahndet wurden.<sup>76</sup>

Bei der am 26. Juli 1927 stattfindenden Sondersitzung des Nationalrates zeigte sich die politische Härte des christlichsozialen Bundeskanzlers in ganzer Offenheit, die in seinem berühmt-berüchtigten Ausspruch über die Milde gipfelte:

Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, was den Opfern und den Schuldigen an den Unglückstagen gegenüber milde erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik. Verlangen Sie nichts, was ausschauen könnte wie ein Freibrief für solche, die sich empören. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Verlangen Sie nichts, was Demonstranten und denen, die sich ihnen anschließen, um zu plündern und Häuser in Brand zu stecken, den Mut machen könnte, ein anderes mal wieder so etwas zu tun, weil ihnen ohnehin nicht viel geschehen kann. Es liegt uns nichts ferner, als hart sein zu wollen, aber fest wollen wir sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.) Fest sein heißt ebensowenig hart sein, als milde sein schwach sein heißen muß. Aber es muß für beides Tag und Stunde richtig gewählt sein. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen und Hochrufe rechts.)<sup>77</sup>

Der sozialdemokratischen Partei wurde es daher leicht gemacht, durch eine Propagandakampagne gegen die katholische Kirche, als deren politischer Repräsentant in Österreich Seipel galt, den Priester und die Kirche durch eine umfangreiche Austrittswelle schwer zu treffen. Die Koalitionsregierung und die christlichsoziale Partei begnügten sich aber nicht mit dem Gewinn von Prestige. Sie nutzten die Lage entschlossen aus, um ihre personalpolitischen Positionen in Verwaltung, Bundesheer und Exekutive auszubauen. Die sozialdemokratischen Personalvertreter im Heer und bei der Wiener Polizei gerieten bald in die Minderheit.<sup>78</sup>

---

<sup>75</sup> Klemens von Klemperer: Ignaz Seipel: Christian Statesman in a Time of Crisis, Princeton, N. J. 1972, S. 263.

<sup>76</sup> Stenographische Protokolle, III. Gesetzgebungsperiode, S. 130; Gulick, Österreich, Bd. 2, S. 522 f.; Weißbuch, S. 152; umfassend: Margarethe Kopp: Die Juliprozesse 1927 in Wien – Rachejustiz und Rehabilitierung der „Volksgerichtsbarkeit“, in: Karl R. Stadler (Hg.): Sozialistenprozesse, Wien 1986, S. 235–252.

<sup>77</sup> Stenographische Protokolle, III. Gesetzgebungsperiode, S. 133; Ergänzungen nach Neues Wiener Tagblatt, 27. Juli 1927, S. 4.

<sup>78</sup> Anton Staudinger: Bemühungen Carl Vaugoins um Suprematie der Christlichsozialen Partei in Österreich (1930–33), in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, 23. Bd., Wien 1971, S. 299; Ludwig Jedlicka: Ein Heer im Schatten der Parteien, Graz 1955.

Innerhalb der SDAP stärkte die offene Niederlage jene Gruppen, die für einen Kurswechsel und für die Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien eintraten. Dieses Problem beschäftigte diese Partei bis zum Parteitag Ende Oktober 1927. Zum Zeitpunkt des Parteitags war jedoch schon klar geworden, dass der politische Gegner auf ein offizielles Koalitionsangebot nicht eingehen würde. Daher waren sich Befürworter und Gegner der Koalition innerhalb der SDAP bald darin einig, dass diese Frage nicht mehr aktuell sei.

Parteiintern vollzog sich eine weitere Stärkung der zentralen Lenkungsinstanzen, die darin ihren Ausdruck fand, dass fortan große Demonstrationen und Streiks in lebenswichtigen Betrieben nicht mehr ohne Zustimmung der Führungsgremien stattfinden durften. Auch die Verteidigungsstrategie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wurde wegen der schlechten Erfahrungen mit der Massenspontaneität noch mehr auf den nach straff militärischen Gesichtspunkten reorganisierten Republikanischen Schutzbund verlagert, die politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel wurden in verhängnisvoller Weise unterschätzt.<sup>79</sup>

Die Langzeitfolgen der Unruhen und des Polizeimassakers am 15. Juli 1927, die man, Norbert Leser folgend, „in den größeren Zusammenhang eines politischen Systems“ austromarxistischer Inkonsequenz und katholisch-politischer Intransigenz einordnen und „als Einheit von Zufall und Notwendigkeit“<sup>80</sup> verstehen kann, waren ein verstärktes Anwachsen der Heimwehr und antidemokratischer Tendenzen im österreichischen Bürgertum sowie die Herausbildung einer latenten Bürgerkriegssituation, alles Momente, die schließlich zur Zerstörung der österreichischen Demokratie beitrugen.

## 8. Bild-Anhang



**Bild 1:** Universitätsstraße, 8.40 Uhr: Demonstranten aus dem städtischen E-Werk, an der Spitze des lockeren Zuges Arbeiter, daneben stehen gebliebene Straßenbahnen (WM).



**Bild 2:** Parlamentsrampe, 10.25 Uhr: wartende und diskutierende Demonstranten, dahinter lockere Polizeikette (WM).

<sup>79</sup> Parteitag 1927, S. 45; Gretl Frisch: Zur Analyse der Sozialdemokratie: der 15. Juli 1927, in: Marxistische Kritik, I. Jg., Nr. 1, Wien 1927, S. 40 f.; Leser, Reformismus, S. 485 tr.

<sup>80</sup> Leser, Reformismus, S. 418.



**Bild 3:** Ringstraße / Ecke Stadiongasse 10:35 Uhr: Ankunft von Bürgermeister Seitz, Stadtrat Tandler und dahinter Julius Deutsch im Auto beim Parlament (BPD).



**Bild 4:** Stadiongasse, 10.50 Uhr: Nach der Räumung durch berittene Polizei sind die Demonstranten auf den Rathausplatz ausgewichen; die Straße ist wegen Gleisarbeiten aufgerissen (WM).



**Bild 5:** Schmerlingplatz / Volksgartenstraße, etwa 10.00 Uhr: Demonstranten beschimpfen Polizeireiter (ÖGZ / BAA).



**Bild 6:** Schmerlingplatz, 10.30 Uhr: Formation berittener Polizei vor dem Justizpalast; die meisten Demonstranten sind in den Park ausgewichen (BPD).



**Bild 7:** Schmerlingplatz / Ecke Bartensteingasse, 10.55 Uhr: Vertreibung einer Gruppe Polizisten durch mit Holzlatten, Steinen u. dgl. bewaffnete Demonstranten (ÖGZ / BAA).



**Bild 8:** Justizpalast-Haupteingang, 11.20 Uhr: Demonstranten haben das Tor besetzt, ein Schutzbündler versucht, Verstärkung herbeizuholen, auf dem Löwen rechts sitzt ein junger Mann mit einer Fahne (BPD).



**Bild 9:** Lichtenfelsgasse, ca. 12.20 Uhr: Reihen von Schutzbündlern schaffen der Feuerwehr freien Raum zur Zufahrt zum brennenden Polizeiwachzimmer (links); rechts entlang des Rathauses auf einem Kandelaber aufgehängte Polizeiuniformteile (BPD).



**Bild 10:** Justizpalast Hauptfront, ca. 12.15 Uhr: Demonstranten stehen um den Justizpalast und dringen in das „eroberte“ Gebäude ein, so auch eine Frau durch ein Parterre-Fenster (BPD).



**Bild 11:** Justizpalast, Seite Volksgartenstraße, vom Volkstheater gesehen, ca. 12.30 Uhr: Akten werden aus den Fenstern geworfen und vom Wind vertragen, der möglicherweise bereits Rauch von der Schmerlingplatz-Front einweht; auf der Straße stehende Demonstranten sehen zu (BPD).



**Bild 12:** Justizpalast von der Ringstraße, ca. 13.30 Uhr: Demonstranten beobachten den Brand (60 J).



**Bild 13:** Stadiongasse / Reichsratsstraße, ca. 13.30 Uhr: Demonstranten beobachten auf einer Barrikade stehend den Rauch aus dem brennenden Justizpalast, auch einige besser gekleidete junge Menschen befinden sich darunter, offensichtlich in bester Stimmung (WM).



**Bild 14:** Museumstraße neben dem Justizpalast, ca. 14 Uhr: Demonstranten flüchten vor den Schüssen der Polizei (BPD).



**Bild 15:** Schmerlingplatz (bei der Lerchenfeldstraße), 15.10 Uhr: ein Schutzbündler diskutiert mit schussbereiten Polizisten.

## Bildnachweis

Genehmigung des Abdrucks der Bilder:

Bild 1, 2, 4, 13: Wien Museum (WM)

Bild 3, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 14: Archiv der Bundespolizeidirektion Wien (BPD)

Bild 5: (ÖGZ) Bestand: Österr. Gesellschaft für Zeitgeschichte am Inst. für Zeitgeschichte der Univ. Wien (nunmehr Bildarchiv Austria / BAA)

Bild 12: 60 Jahre Wiener Sicherheitswache, Wien 1929, S. 257 (60 J)

Bild 15: Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien (VGA)